



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

31.08.1932 (Nr. 192)



Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Verlag und Geschäftsstelle: Papenstraße 15, Redaktion: Langen-
straße 48. Sprechstunde der Redaktion: Montag bis Freitag von
18 bis 19 Uhr. Fernsprecher: Domsfelde 23873.
Die Zeitg. erscheint Verlags- und kostet RM. 1.90 frei Haus,
durch die Post zuzüglich 36 Pf. Beleggeld.

Parteiamtliches Organ der
Bremer Nationalsozialisten

Anzeigen: diesseits die 10 gelbpatente mm-Zeile RM. 0.10, auswärts
RM. 0.12; im Tertell RM. 0.50, auswärts RM. 0.70; Stellenangebote
RM. 0.06; sonstige kleine Anzeigen RM. 0.08. Platzvorschrift ohne
Verbindlichkeit. Bei Betriebsstörungen, Streik, Verbot usw. hat der
Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Goering Reichstagspräsident Neuer Vorstoß gegen Papen eingeleitet

Eröffnung ohne Sensationen

Strahlend blauer Himmel. Im Sonnengold
leuchtet die Kuppel des Reichstagsgebäudes. Die
derzeitige Reichstags-Sitzung zeigt, daß heute endlich
wieder einmal Sitzung ist. Schon am frühen
Morgen stehen Tausende, meist Arbeitslose, die
einmal wieder ein Schauspiel erleben wollen, vor
dem Reichstagsportal, das von einem Heer von
Photographen umlagert ist.

Um 10 Uhr ein kleines Vorkpiel. Die kommuni-
stische Alters-Präsidentin Clara Zetkin führt an
der Wasserseite, am Portal 6, vor, da, wo es
heute nicht und wo es meistens ist. So wird
sie von niemand beobachtet. Vier kräftige Kom-
munisten greifen zu, heben sie aus dem Ren-
gen und tragen sie in das hohe Portal hinein.
Das ist die Frage des Parlamentarismus in
Deutschland! Sie entlarvt sich selbst.

Um 1 Uhr, in der ersten Fraktions-Sitzung der
NSDAP, werden die neuen Abgeordneten in die
heiligen Gehege des hohen Hauses eingeweiht. Ver-
stärker der Dr. Frid gibt Weisungen und Richt-
linien für das Verhalten der 230-Männer-Frak-
tion am heutigen Tage.

Im Verlauf der langen Sitzung wird folgende
Depesche an die zum Tode verurteilten SA-Leute
in Weußen geschickt, die zeigt, daß sie von den
dem ihnen gewählten Volksvertretern nicht ver-
lassen werden:

„Wir großen Euch fünf Kameraden in treuer
Verbundenheit. Euer Schicksal machen wir zu
dem unsern. Wir werden nicht ruhen, bis der
Kampf um Euer Leben zum Siege geführt hat!“
Heil Hitler.“

Sodann erfolgt die Bekanntgabe der Einteilung
der Fraktion: Vorkühler der Dr. Frid, stell-
vertretender Gregor Stralfer, geschäftsführender
Vorsitzender Stöhr, in den Vorraum treten außer-
dem Goering und Himmler.

Nach tritt ein Erweiterter Vorstand, zu dem
die 12 gehören, die seit dem 28. Mai 1932 im
Reichstag sind.

Um 3 Uhr schillen die Glocken durch das Haus,
das große Ereignis steigt. Clara Zetkin befragt
den Präsidentenfuß, nein, sie wird fast hinausge-
tragen. Was die Kommunisten und ihre Freunde
erhoffen, tritt aber nicht ein. Mit eiserner Ruhe
und Disziplin sitzen die 230 Braunhemden da.
Ihre Rede — die ihr Zögler eifrig soufflieren
mühte — ist eine der üblichen Reden der Mut-
ter der Revolution gegen den bürgerlichen Libera-
lismus, den Kapitalismus und den Faschismus.
Alsdann geht es an den langweiligen Namens-
aufruf der 600 Abgeordneten.

Geführt von zwei Parteifreunden wird die
Alterspräsidentin Frau Zetkin zum Präsi-
denzialgeleit. Unter diesen läßt die kommuni-
stische Fraktion einen Sprecher steigen. Die
Demonstration wird von den übrigen Mitglie-
dern des Hauses stillschweigend hingenommen.
Dann ergreift Frau Zetkin die Glocke, um ihre
Anrede zu beginnen. Sie stellt fest, daß sie
das älteste Mitglied des neuernannten Reichs-
tages ist.

Nach der Bildung des vorläufigen Büros
führt Frau Zetkin fort, dem Reichstag eine
kommunistische Propaganda zu halten, die
sie jedoch nur mit großer Anstrengung unter
dem Beistand des kommunistischen Zöglers zu
Ende bringt, während der übrige Reichstag aus-
genommen die SPD, von ihr keine Notiz
nimmt.

Darauf erfolgt der Namensaufruf durch die
Schriftführer, der längere Zeit in Anspruch
nimmt. Dieser Namensaufruf, zu dem auch
die deutschen Abgeordneten wieder den
Saal betreten, hat das Ergebnis, daß 378 Ab-
geordnete anwesend sind, der Reichstag also be-
schlußfähig ist.

Nach Beendigung von 14 dem Reichstag in der
Zwischensitzung zugegangenen Vorträgen der Reichs-
regierung über Notverordnungen usw. be-
schließt das Haus entsprechend den Vorträgen der
Kommunisten und der Nationalsozialisten, die
Freilassung zweier in Haft genommener Abge-
ordneter der SPD und der NSDAP zu bean-
tragen.

Die Alterspräsidentin Frau Zetkin erklärt
dann, daß nach Beendigung der Beschlußfähigkeit
des Hauses die Wahl des Präsidenten und sei-
ner drei Stellvertreter zu erfolgen hat.

Zur Wahl des Präsidenten schlägt Abg. Dr.
Frid (Nat.-Soz.) den Abgeordneten Goering
(Nat.-Soz.) vor, während Abg.
Nebel (Kom.) den Abgeordneten Zögler (Kom.)
in Vorschlag bringt. Abg. Dittmann (Soz.)
teilt mit, daß seine Fraktion für den bishe-
rigen Präsidenten Abgeordneten Löbe stim-
men wird.

Die Abstimmung ergibt dann die Wahl
des Abg. Hauptmann Goering mit 367 Stim-
men zum Präsidenten des Reichstages.

Für seine Wahl stimmten außer den Natio-
nalsozialisten das Zentrum, die Deutschnationa-
len, die Bayerische Volkspartei und die Deutsch-
Volkspartei. Ferner erhielten Abgeordneter
Löbe (Soz.) 135 Stimmen und Abgeordneter

Zögler (Kom.) 80 Stimmen. Das Ergebnis
der Abstimmung wurde beiden National-
sozialisten mit stürmischen Bravo-
rufen und Händeklatschen aufge-
nommen.

Pg. Goering erklärt auf Befragen der
Alterspräsidentin, daß er die Wahl annimmt.
Unter den Heilrufen der Nationalsozialisten
nimmt er den Platz des Präsidenten ein und
dankt mit dem Hitler-Gruß für die Aus-
scheidung seiner Fraktion. Er erklärt, er
werde sein Amt unparteiisch, ge-
recht und nach der bestehenden Ge-
schäftsordnung ausüben, für die
Ordnung und Würde des Hauses
sorgen, er lasse aber keinen Zwei-
fel, daß er ebenfalls die Würde
und Ehre des deutschen Volkes an-
erkennen lassen werde (erziente Bravo-
rufen und Heilrufe der Nationalsozialisten, die die
Ansprache hören und hören).

Präsident Goering beruft als Schriftführer
die Abgeordneten Kaufmann und Lindner (Nat.-
Soz.), Frau Deutsch (Str.) und Laverenz (Dn.).
Es folgt dann die Wahl der Vizepräsidenten.
Auf Vorschlag der Nationalsozialisten wird der
Abg. Esser (Zentrum) in der Stichwahl, da im
ersten Wahlgang keine Entscheidung gefal-
len war, gegen den Sozialdemokraten Löbe
zum ersten Vizepräsidenten gewählt.

Zweiter Vizepräsident wird der Abg.
Graef-Türing (Dn.), dritter der
Abg. Rauch-München (Bayer. Vp.).
Es werden dann die Mitglieder des Aus-
schusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertre-
tung und des Auswärtigen Ausschusses genannt.
Die Konstituierung sämtlicher übrigen Aus-
schüsse des Reichstages soll am Mittwoch er-
folgen.

Präsident Goering bittet darauf das
Haus um die Ermächtigung, dem
Reichspräsidenten gegenüber in
einem Telegramm die Bitte aus-
zusprechen, daß er dem Präsidium
des Reichstages unverzüglich einen
Empfang gewährt. Widerspruch gegen
diesen Vorschlag erhob sich nicht.

Präsident Goering erklärt weiter: In
den letzten Tagen haben sich in der Presse aller
Wichtigkeiten die Nachrichten über eine beab-
sichtigte Ausfertigung des Reichs-
tages. Der Reichstag soll angeblich über
keine arbeitsfähige Mehrheit verfügen. Als
Präsident des Reichstages weise ich darauf
unverantwortliche Gerüchte zurück. (Bravo-
rufen)

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Geschichtliches Recht

Grundgesetzliche zur politischen Lage

Die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland
zeigen äußerlich fast täglich ein anderes Bild,
ohne daß sich im Grunde die Fronten ändern und
die zu lösenden Probleme eine Klärung finden.
Als das Kabinett Brüning verfiel, löste der
Reichspräsident den Reichstag auf und ernannte
ein Übergangskabinett zur Durchführung der
Reichswahlen, die der neuen Willensbildung des
deutschen Volkes Ausdruck geben sollten. Aus
Vertragsverhältnissen oder anderen Gründen ermöglichte
die Regierung Papens der Sozialdemokratie es,
einen hemmungslosen Angriffszug gegen die NS-
DAP zu eröffnen, der unterstützt durch die Organi-
sation der freien Gewerkschaften, unter Mitbenut-
zung der Interessen der Arbeiterklasse, denen sie dienen
sollten, eine absolute Mehrheit der NSDAP im-
manen mit den Deutschnationalen verbündete.

Bei zügiger Überlegung wird auch der sachliche
politische Gegner zugeben müssen, daß die Stim-
menzahl der SPD und der Kommunisten nicht
auf Überzeugung und Erkenntnis der besten Les-

Der „Vorwärts“ verboten

Berlin, 30. August. Der Polizeipräsident
teilt mit: Die in Berlin erscheinende Tages-
zeitung, der „Vorwärts“, einschließlich
ihrer Abendausgabe der „Abend“ ist mit
sofortiger Wirkung auf die Dauer von drei
Tagen bis einschließlich den 2. September
1932 verboten worden. Das Verbot er-
folgte wegen einer Umwandlung, die das
Programm des Reichstages als das Pro-
gramm des Verfassungsbruches bezeichnet.

benutzungsstellen, sondern auf eine völlige Ver-
drängung der politischen und wirtschaftlichen Ver-
hältnisse aufgebaut ist. Eine wesentliche Unter-
stützung fand die Sozialdemokratie in der bürger-
lichen Presse und den hinter ihr stehenden Par-
teien, die alle zusammen ihren Wahlschlag aus-
schließlich gegen die NSDAP führten und so in-
direkt dem völkerverfeindenden Marxismus zu Hilfe
kamen.

Das weitere Verhalten des Reichstages von
Papen scheint darauf hinzuweisen, daß ihm diese
Entwicklung durchaus willkommen war. Während
der Reichspräsident in früheren Zeiten selbst So-
zialdemokraten mit der Regierungsbildung beauf-
tragte, die kaum die Hälfte der Stimmen hinter
sich hatten wie Adolf Hitler, versuchte man die
Verhandlungen mit unserem Führer von vorn-
herein auf ein unmögliches und aussichtsloses
Gleis zu schieben. Herr von Papen ist politisch
zu ungut nicht selbst zu wollen, daß man nicht
14 Jahre lang eine neue Verfassung ausbreitet
und daraufhin die größte Organisation aufbaut, die
je in der Weltgeschichte gebildet worden ist, um
kurz vor dem Ziel die zu erzeugende politische
Macht einem anderen abgeben zu können. Wenn
sich Herr von Papen und die ihm freundlich ge-
sinnene Presse sowie die Deutschnationalen Volks-
partei auf den Standpunkt stellen, die Ernennung
des gegenwärtigen Kabinetts bedeute die endgül-
tige Lösung von Parlamentarismus und man
verstehe die Nationalsozialisten nicht, daß sie sich
jetzt zum angeblichen Schöpfer dieser Regierungs-
formen aufstellen, so geht diese Auffassung von
falschen Voraussetzungen aus. Als alle anderen
Parteien, auch die Deutschnationalen nach in Pa-
lamentarismus schwelgen und zum Beispiel bei
der Abstimmung des Damesabkommens sich prä-
teten, um die Annahme dieses Verfassungspatie-

Der Verlauf der Sitzung

Berlin, 30. August. In den Vormittags-
stunden herrschte bereits reges Leben und Trei-
ben im Reichstagsgebäude. Auch in der nähe-
ren Umgebung des Reichstages bemerkt sich
von Stunde zu Stunde die Zahl der Besucher.
Da und dort sieht man Nationalsozialisten
in Braunkleidern den Reichstag betreten.
Politische Überberungsmaßnahmen in der
Nähe des Reichstages setzten um die Mittags-
stunde in ziemlich erheblichem Umfang ein.
Zur Eröffnungssitzung des Reichstages sind
die Tribünen schon einige Zeit vorher überfüllt.
Auch das Haus selbst ist nach dem geschlos-
senen Einmarsch der nationalso-
zialistischen Fraktion in SW- und
SS-Uniform ebenfalls dicht besetzt, die
Abgeordneten sind fast vollständig erschienen.
Viele Mitglieder der deutschnationalen Frak-
tion bleiben der Sitzung zunächst fern.

Pg. Goering

Pg. Goering wurde am 12. Januar 1893 in Ro-
schenitz (Oberbayern) geboren. Er besuchte das
Gymnasium in Fürth und Ansbach, später die
Rechtshochschule in Karlsruhe und Reichs-
hochschule. 1912 erhielt er das Leutnantspatent im In-
fanterie-Regiment 112. Bei Ausbruch des Krieges
war er Bataillons-Adjutant. Im Oktober 1914
wurde er Fliegerbeobachter, bald darauf Flug-
zeugführer. Als Jagdflieger und seit Mai 1917
Führer einer Jagdflieger, erlangte er zahlreiche
Lufttage und wurde mit dem höchsten preußischen
Orden „Pour le mérite“ ausgezeichnet. Im Juli 1918
wurde er an die Spitze des berühmten
„Jagdgeschwaders Freier R. Richthofen“ berufen,
dessen Führung er bis zum Zusammenbruch im
November 1918 befehligte. Nach der Demobilisierung
erhielt er als Hauptmann seinen Abschied.
In den Jahren 1920/21 war er als Flieger bei

der Svenska Luftkraft in Stockholm tätig.
Dort schloß er die Ehe mit der schwedischen Sa-
ronin Fock, die ihn 1931 durch den Tod ent-
rissen wurde. Nach Deutschland zurückgekehrt, an-
derte er 1922 und 1923 in München Volkswirt-
schaft und Geschichte. In diese Zeit fällt seine Er-
nennung zum obersten SA-Führer. Beim Hitler-
Putsch wurde er verwundet und von Freunden
über die österreichische Grenze nach Innsbruck ge-
bracht. Von dort begab er sich nach Rom, wo er
sich 1925 blieb und die ersten Verbindungen zum
Faschismus und Mussolini knüpfte.
Nach der Annahme des Jahres 1927 lebte er
nach Deutschland zurück und nahm seinen Wohn-
sitz in Berlin. Seit der Reichswahl 1928 gehört
er als Abgeordneter der NSDAP dem Reichstag
an und wurde nach der Septemberwahl 1930 zum
stellvertretenden Fraktionsführer ernannt.

zu ermöglichen, zu der **M** bereits kämpfte die **NSDAP** gegen den Parlamentarismus, und ihrem Kompromisslosen Ringen ist es erst gelungen, den Parlamentarismus als politische Ausgestaltung geben kann. Adolf Hitler hat der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion gegenüber erklärt, daß regieren könne, während Herr von Papen ohne Reichstag und ohne Volk zu regieren wünscht. Dieser Adolf Hitler lesen nicht nur 14 Millionen Nationalsozialisten, denn keine Ideen, unsere Weltanschauung, hat fast überall befruchtend auch auf andere Gruppen übergriffen und selbst Herr von Papen räumt sich ja, unsere politischen Forderungen teilweise erfüllen zu wollen.

Wenn also der Reichspräsident den von uns seit Jahren geforderten Schritt unternimmt und den Reichstag ausschaltet, so kann das nur ohne Verfassungbruch und ohne Diktatur zu geschehen, daß man die Bewegung mit der Macht betraut, die die politischen und weltanschaulichen Voraussetzungen für die Ausschaltung des Parlaments geschaffen hat. Wir Nationalsozialisten erstreben dieses Ziel auf legalen Wege, und sind jetzt gezwungen, uns des Instrumentes zu bedienen, das die Verfassung geschaffen hat. Nur um die Macht zu erreichen, um den Parlamentarismus wirklich und endgültig zu beseitigen, brauchen wir den Reichstag in seiner heutigen Form, umso mehr, als aus seiner Zusammenkunft eindeutig hervorgeht, daß es außer unserer Bewegung keinen politischen Faktor in Deutschland mehr gibt, der ein Recht auf die Staatsführung besitzt.

Nach dem herrlichen Wort unseres Führers, wer für Deutschland kämpft, hat alles Recht, wer gegen Deutschland kämpft hat kein Recht, sehen wir den Marxismus im Parlament als rechtlos an, und es ist uns immer als ein Wahnsinn erschienen, politische Parteien zu bilden, die nicht als oberstes Gesetz die Erhaltung und Stärkung des Vaterlandes anerkennen. Auch hier bedeutet Diktatorialität politischer Selbstmord und wir bedauern, daß der Reichspräsident nicht gleiche Überlegungen anstellt und erkennt, daß der Nationalsozialismus unter den staatsverhaltenden Parteien tatsächlich über die absolute Mehrheit verfügt und auch aus diesem Grunde nicht nur berechtigt, sondern gegenüber der Nation verpflichtet ist, die Macht im Staat für sich zu beanspruchen. Der Reichspräsident wird und muß auch wissen, daß im Nationalsozialismus allein die Kräfte und die Menschen stehen, mit denen er an den Neufuß des Reiches gehen kann. Selbst wenn

unsere politischen Gegner, soweit sie nicht Marxisten sind, unsere Bewegung aus diesem oder jenem Grunde ablehnen, so werden sie zugehen müssen, daß in unseren Reihen schon heute die wachsende Nation steht.

Alle diese grundsätzlichen Erwägungen bewegen aber immer wieder das fittliche Recht unseres Führers, vom Reichspräsidenten auf legalen Wege die Macht im Staat zu fordern. Herr von Papen mag 100 Wirtschaftsprogramme erfinden, mag diesen und alle kommenden Reichstage immer wieder auflösen oder gar Neuwahlen unterbinden, er wird scheitern, weil hinter ihm nicht nur keine parlamentarische Mehrheit, sondern vor allem, weil hinter ihm keine Menschen stehen, die bereit sind, unter dem Einfluß von Leben und Gut für den Wiederaufbau der Nation zu kämpfen. Wir können aber heute weder die Wirtschaft noch die politischen Verhältnisse ohne diesen Kampf ordnen, ja wir können an keine Aufgabe herangehen, ohne ein neues Denken und Fühlen und so bleibt Herr von Papen bei allem seinen guten Willen nichts anderes möglich als die Verbündeten des Volkes aufzuhalten und die innerpolitische Krise zu verschärfen. Das aber will unser Führer und wissen mit ihm 14 Millionen Nationalsozialisten. Wer sich aber an der Zahl hält und meint, daß sei schon wieder Parlamentarismus, so können wir auch sagen, das wissen bereits alle die Kräfte der Nation, die durch die Zeit geleitet haben, daß sie bereit sind, das dem Staat und Volk zu geben, was immer in der Geschichte als erste Voraussetzung für die Wiederaufnahme einer Nation gegolten hat.

Der neue Reichstagspräsident, Hr. Goering, wird angeschlossen diese Gedanken dem Reichspräsidenten unterbreiten und wird auf Grund dieser heute nicht mehr zu bestreitenden Erkenntnisse vom Reichspräsidenten die innerpolitischen Maßnahmen fordern, die allein den geschichtlichen Aufgaben gerecht werden. Wir Nationalsozialisten kämpfen nicht für den Parlamentarismus, kämpfen nicht für Demokratie und ein System, das trotz neuer Männer seine Unfähigkeit jeden Tag erneut beweist, wir kämpfen ausschließlich um die Macht im Staat, um dann von uns aus an die wirtschaftliche und organische Neuordnung der Dinge gehen zu können. So möge sich das innerpolitische Bild ändern wie es will, mag der Reichstag aufgelöst werden oder nicht, mag die Präsidialregierung Papen bleiben, oder eine Koalitionsregierung kommen, das Ziel bleibt unverrückbar fest: das Dritte Reich auf der Grundlage nationalsozialistischer Weltanschauung.

Der preußische Landtag gegen Papen und Bracht

Die Zahl der Neugierigen in der Prinz-Bilchert-Straße ist nicht groß, nach ihr könnte man kaum auf die vorhandene „politische Hochspannung“ schließen. Erst kurz nach 3 Uhr wird das Sitzungszimmer, das die Beratung des Reichstages nach der heutigen Sitzung und Sitzungsfrist der Reichstagspräsidenten und Reichstagsmitglieder erfüllt. Alles wartet auf die großen Ereignisse, die kommen sollten — und nicht kamen. Auf der rechten Seite eine große Anzahl brauner Uniformen zu sehen. Den Reigen der Redner eröffnet Herr Hirtfelder mit langatmigen Ausführungen über „die Gewalttätigkeit der Reichsregierung“. Ihm schließt sich eine Anzahl von allen möglichen Anträgen der Linken an, vom hohen Hause mit ziemlichem Gleichgültigkeit hingenommen — bis P. Kube der Geduldsfaden reißt und er energisch gegen die „Reden für die Tribune“ protestiert.

Der Sitzungssaal wird leerer und leerer, großes Interesse ist offenbar nicht vorhanden, das Stimmengewirr im Hause läßt oft die Redner völlig unverständlich bleiben.

Der Präsident des Landtages, P. K. Kerk, erhebt sodann Protest gegen die Ausschaltung des Landtages durch die Reichsregierung, da Herr Bracht nur für Ruhe und Ordnung zu sorgen hatte, sich aber sonst um „Reformen“ nicht zu kümmern brauchte.

Auch diese Ausführungen sind gefolgt von allen möglichen Propaganda-Anträgen der Linken. So geht die Sitzung „lustlos“ weiter.

Man hatte etwas mehr „Sensation“ erwartet — für viele, die gekommen waren, blieb die Sitzung aus diesem Grunde sicher eine gewisse Enttäuschung...

Nur die Deutschnationalen sind für Papen

Berlin, 30. August. Die Sitzung des Preussischen Landtages wird um 14 Uhr vom Präsidenten eröffnet. Die Regierungsbank vor leer. Nach einem Nachruf des Präsidenten für die „Möbe-Opfer“ hat der Abgeordnete Dr. Hirtfelder (Ztr.) namens der früheren preussischen Regierung Braun eine ausführliche Erklärung ab, in der er die Vorgänge des 30. Juli scharf verurteilt. Er gab eine Schilderung der Vorgänge und erklärte u. a., die preussischen Minister hätten mit Rücksicht auf die allgemeine Lage des Landes von einer totalen Ausübung ihrer Befugnisse als verantwortungsbewußte Männer vorläufig abgesehen, denn diese Ausübung wäre nur in gewalttätiger Auseinandersetzung mit der gewalttätigen vorgehenden Reichsregierung möglich gewesen. Die Minister behielten sich aber ausdrücklich die Befugnisse vor, die ihnen als Minister gegenüber dem Landtag und dem Reichsrat zustanden. In den Verhandlungen über die beantragte einseitige Verfügung vor dem Staatsgerichtshof habe es der Vertreter der Reichsregierung vorgezogen, sich schlichtes Material vorzulegen. Die Vorwürfe, die die Reichsregierung heute, seien in tatsächlicher Hinsicht völlig unrichtig. Die Erklärung der Minister steht unter diesen Umständen mit der Reichsverfassung im besten Einklang. Er verzichtete darauf, im weiteren weitere Ausführungen zu machen, um dem Urteil des Staatsgerichtshofes nicht vorzugreifen.

Vorher das Haus in die Aussprache über die Einsetzung des Reichskommissars tritt, gibt Präsident Kerk eine Erklärung ab, in der er die Verwahrung einlegt gegen die vom Reichskommissar bekannt gemachte Auffassung, daß die kommissarische preussische Regierung dem Landtag nicht verantwortlich sei und vor ihm nicht zu erscheinen habe. Er betonte, die Antwort des Reichsanwaltes könne umso weniger staatsrechtliche Bedenken berechtigen, als Herr von Papen am letzten Sonntag in Münster noch einmal betont habe, daß er die Absicht habe, in Preußen eine Verwaltungsreform durchzuführen, ohne den Landtag anzuziehen. Er legte scharfen Protest gegen das Verhalten der Regierung ein und warnte die Regierung, ihr Vorhaben durchzuführen.

Hierauf beginnt die Aussprache, die eine äußerst scharfe Kritik fast sämtlicher Parteien an der Tätigkeit des Bevollmächtigten des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, brachte. Während die Deutschnationalen die vorübergehende Einsetzung eines Reichskommissars als die einzig mögliche Maßregel im Staatsinteresse ansehen, fanden die Vertreter der übrigen Parteien außerordentlich scharfe Worte der Verurteilung gegenüber der Einsetzung des Reichskommissars und Dr. Brachts Ansicht, dem Landtag nicht verantwortlich zu sein. Nach Rednern der SPD. und der Kommunisten betonte der Abg. Kaufner (Ztr.) besonders, es müsse so schnell wie möglich dafür gesorgt werden, daß wieder verfassungsmäßige Zustände in Preußen hergestellt werden.

Darauf nimmt P. Kube das Wort, der von Experimenten irgendeiner Reaktion spricht, die die Nationalsozialisten ablehnen müßten, da sie eine Verflechtung des Volkswillens bedeuteten. Im Gegenzug zu 90 v. H. der preussischen Wähler und des preussischen Volkes über Herr Dr. Bracht seine Tätigkeit aus. Es sei ein außerordentlich gefährliches Spiel, das von anonymen Kräften der Reaktion gespielt werde. Die Nationalsozialisten lehnten die Fortführung der Staatsgeschäfte in Preußen durch Dr. Bracht ab. An der Tatsache, daß 13,7 Millionen deutscher Menschen sich zu Hitler bekennen, könne auch Dr. Bracht nicht vorbeugen. Man könne nicht hinter jeden Steuereinzahler ein Bajonett stellen. Je militärisch sich das Volk gegen den unerhörten

Verfall eines Staatsreiches wende, desto schneller sei der Spalt zu Ende. Einen solchen Staatsverfall, der das deutsche Schicksal auf das tote Geis schweben wolle, würden die Nationalsozialisten niemals dulden. Der Fehler, den die Reaktion gemacht hätte, läge darin, daß sie glaubten, die NSDAP zu einem Verfall an der nationalsozialistischen Idee zu verführen zu können. Die Nationalsozialistische Partei werde, was an ihr liege, dazu beitragen, eine verfassungsmäßige Regierung in Preußen aufzubringen. Die nationalsozialistische Parole sei: Mit Adolf Hitler das Lebensrecht des deutschen Menschen!

Nach etwa siebenstündiger Aussprache werden die Abstimmungen über die Vorträge vorgenommen, die zur Einsetzung des Reichskommissars eingebracht worden waren. Mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Deutschnationalen und bei Stimmenthaltung des christlich-sozialen Volksvereins wurde ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, wonach der Landtag dem Reichskommissar von Papen seine Mißbilligung ausspricht. Annahme fand weiter mit der gleichen Mehrheit ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Verordnungen über die Einsetzung des Reichskommissars und auf befristungsfreie Fortführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes. Mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, wonach kein Beamter oder Angehöriger verpflichtet sein soll, den auf Grund der Verordnungen über die Einsetzung des Reichskommissars erlassenen Denkwarnungen nachzukommen. Mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten fand ferner ein kommunistischer Antrag Annahme, alle bestehenden Zeitungsverbote sofort aufzuheben. Entgegen einem Antrag der Kommunisten, die nächste Sitzung am 6. September abzuhalten, verzogte sich der Landtag gegen 21 Uhr am Mittwoch, den 21. September. Der Präsident wurde ermächtigt, die Tagesordnung fortzusetzen.

Japan entsendet „Friedensmission“ nach Amerika

Tokio, 30. August. Infolge der gespannten Lage zwischen Amerika und Japan hat die japanische Regierung beschlossen, den Admiral Nomura, der den Oberbefehl über die japanische Flotte während der Schanghaier Kämpfe führte, zu einer „Friedensmission“ nach Amerika zu senden. Der Anlaß zu dieser Entsendung lag in erster Linie die amerikanische Haltung gegenüber der mandchurischen Frage sowie die Unwesenheit der amerikanischen Atlantikflotte im pazifischen Ozean.

Mit auswechselbarem Wagen, auswechselbarem Schreibwalze und anderen wichtigen Verbesserungen



URANIA
Ein Rekord der Technik

Gebrauchte Schreibmaschinen verschiedener Fabrikate mit Garantie stets vorrätig
CARL H. GROTHE
ANSAGARTORSTRASSE 17

Der Verlauf der Sitzung

(Fortsetzung von Seite 1)

Rufe rechts.) Zu hellen Anschein fest, daß die heutige Sitzung eindeutig ergeben hat, daß der neue Reichstag über eine große rechtsfähige nationale Mehrheit verfügt und somit in keiner Weise der Tatbestand eines staatsrechtlichen Notstandes gegeben ist. Ich bin überzeugt, daß der Reichstag, wenn alle wertvollen Kräfte zusammenwirken, die schweren Aufgaben erfüllen wird, die seiner hocken. Zum ersten Mal besitzt der Reichstag wieder eine nationale Mehrheit, die ihn befähigen muß, das Volk aus drückender materieller und seelischer Not herauszuführen. Die Aufgabe eines nationalen Präsidiums besteht mit der Hoffnung, daß bei meiner Amtsführung die Ehre des Volkes, die Sicherheit der Nation und die Freiheit des Vaterlandes die obersten Leitlinien meines Handelns sein können.

Der Präsident bittet, ihn zu ermächtigen, Tag und Stunde der nächsten Sitzung, sowie deren Tagesordnung festzusetzen. Demgegenüber beantragt Abg. Torgler (Komm.), die nächste Sitzung am morgen (Montag, 1 Uhr, anzuberaumen und auf die Tagesordnung auch die Wirtschaftsangelegenheiten gegen die Reichsregierung zu setzen.

Abg. Dittmann (Ztr., Dem.) schließt sich dem Kommunistischen Antrag an, der jedoch von den übrigen Parteien abgelehnt wird. Der Reichstag erteilt dem Präsidenten die gewünschte Ermächtigung.

Präsident Goering dankt dann, während das Haus sich erhebt und die Kommunisten den Saal verlassen, des Unteranges des Schlußwortes „Möbe“ und der 69 Seelen, die für ihr Volk und Vaterland gefallen seien. Er erklärt die Sitzung für geschlossen. (Zurück eine sozialdemokratischen Abgeordneten: Begreuten! — Weiterleit.)

Nächste Vollsitzung schon nächste Woche

Berlin, 30. August. Der Vizepräsident des Reichstages trat am Dienstagabend nach der Vollsitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten Goering zusammen und beschloß zunächst, daß

Klipps Kaffee

Die Qualitätsmarke
nur zu haben in den Fachgeschäften des Einzelhandels

am Mittwoch außer dem Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung und dem Ausschuss zur Wahrung der Staatsangelegenheiten und der Geschäftsordnungsausschuss gebildet werden sollen. In den beiden letzteren Ausschüssen führen die Nationalsozialisten den Vorsitz, während im Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung die Sozialdemokraten und im Geschäftsordnungsausschuss das Zentrum den Vorsitz stellt.

Für die nächste Reichstagsitzung sind endgültige Beschlüsse noch nicht getroffen. In Aussicht genommen ist jedenfalls, die nächste Vollsitzung schon in der nächsten Woche, und zwar entweder am Donnerstag oder am Freitag, abzuhalten. Auf die Tagesordnung soll eine Erklärung der Reichsregierung gesetzt werden.

Papen erhält Hindenburg Zustimmung

München, 30. August. Amtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichsanwalt v. Papen, den Reichsminister des Innern, Freiherrn von Gayl und den Reichsminister des Reichsjustiz. Der Herr Reichspräsident erteilte seine Zustimmung zu den von der Reichsregierung geplanten vom Reichsanwalt in seiner Rede in Münster in den Grundzügen bekanntgegebenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen. Der Reichspräsident ersuchte den Reichsanwalt, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Wohlstand gewahrt bleibe. Die eingehende Besprechung der innerpolitischen Lage ergab völlige Übereinstimmung zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Der Streit in der holländischen Handelschiffahrt.

Amsterdam, 30. August. Die ablehnende Antwort der Arbeitgeber der Handelschiffahrt zu dem von der Gewerkschaft im Lohnstreit gestellten Ultimatum hat dazu geführt, daß außer dem Verband der Offiziere der Handelschiffahrt auch der Verband der Transportarbeiter beschlossen hat, daß vom heutigen Dienstag nicht mehr angemutet werden darf. Das bedeutet den Streik der Offiziere, Maschinenisten und Matrosen der Handelschiffahrt. Die Dampfschiffahrtsgesellschaft Nederland sowie der Rotterdam Lloyd sind von dieser Aktion ausgeschlossen worden.

Das Fehlurteil von Beuthen

Mehr und mehr bricht sich in Kreisen, die der M.D.P. parteimäßig fernstehen, die Überzeugung Bahn, daß das Beuthener Urteil nicht durch einen Gnadenerlaß der zuständigen Instanzen seine notwendige Korrektur erfahren muß, sondern daß die einzige Möglichkeit, einen Justizmord ungeheuerlichen Ausmaßes zu verhindern, in der Wiederaufnahme des Verfahrens liegt. Abgesehen von allen gefühlsmäßigen Kommentaren, die die in Beuthen verhängten Strafen dem Urteil von Dslau gegenüberstellen und mit vollem Recht betonen, daß das natürliche Rechtsgefühl des Volkes den Unterschied der beiden Urteile als ungerichtet empfindet und deswegen rein gefühlsmäßig ablehnt, wird es immer klarer, daß das Beuthener Urteil auch rein juristisch betrachtet als freies Fehlurteil zu werten ist.

So bringt die Berliner Bürgerzeitung vom Sonnabend an hervorragender Stelle einen Artikel aus der Feder eines der bekanntesten deutschen Strafrechtler, des ordentlichen Professors an der Universität Jena, Dr. Heinrich Gerland, der aus rein juristischen Gründen zur Ablehnung dieses Urteils kommt. Es ist dabei interessant, daß Professor Gerland die Schuld an diesem Fehlurteil sowohl dem Richter, wie auch dem Gesetzgeber — also der Regierung Papen gibt. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß die Urteile nach der rechtlichen Seite auf das Genaueste nachgeprüft werden müssen, daß ein durchaus objektiv gehaltener Artikel des Reichsanwaltes Dr. Lutzgebrune derart ernstzunehmende Ausführungen enthält, daß, falls sie tatsächlich zutreffen, in der Tat die Frage, ob vorläufige Tötung vorgelegen habe, zweifelhaft erscheinen muß. Da es sich aber bei diesem Urteil um Menschenleben handele, müsse, wenn auch nur der letzte Zweifel an dem Tötungsvorbehalt der Angeklagten beseitigt sei, nach dem Grundsatz verfahren werden in dubio pro reo. (In Zweifelsfällen für den Angeklagten.)

Was ferner die rechtliche Seite anbelange, müsse unterschieden werden zwischen dem Richter und den Angeklagten. Erst habe, daß die Tat selbst nach Inkrafttreten der Notverordnung begangen sei. Bezüglich der Anklage könne das dagegen nicht feststehen. Ihre Vollendung trete ein in dem Augenblick, in dem der Einschlag zur Tat in dem Angeklagten gewirkt sei. Auf die Durchführung komme es also für die Zeit der Begangenschaft der Anklage nicht an. Die Vollendung der Haupttat sei für die Anklage zur Bedingung zur Strafbarkeit und nichts anderes.

Professor Gerland fährt dann wieder fort: „Es mischen der Einschlag zur Tat in den Angeklagten von Witternacktschwerdt, so kommt für den Richter das alte Recht, nicht das Recht der Notverordnung zur Anwendung, und es leidet das Beuthener Urteil dann an einem weittragenden, unabweisbaren Nachteil.“ Damit ist aber das Urteil über Papenmann, das in der Definitivität wohl die meisten Verteidiger gefunden hat, als rechtlich ungültig angehängt.

„Was die Angeklagten betrifft“, fährt der Aufsatz fort, „so darf man wohl annehmen, daß sie von den Inkrafttreten der Notverordnung noch keine Kenntnis hatten. Hier rächt sich das übertriebene Inkrafttreten schwerwiegender Notverordnungen auf das bitterste. Der Fehler, der hier gemacht wurde, trifft den Gesetzgeber und nicht den Richter. Er ist umso schwerwiegender im vorliegenden Falle, als, wie mir wohl bewußt ist, ein Verstoß über die Strafbarkeit für die Befragung selbst ohne Bedeutung ist. Nun kann aber in einem Fall wie dem vorliegenden, wenn eine so ungeheuerliche Strafverhängung eintritt, wie sie die Notverordnung gebracht hat, nicht daran gedacht werden, den erwählten im Normalfall zweifelsprechenden Rechtsatz zur restlosen Durchführung zu bringen. Ich muß es für ausgeschlossen erachten, daß das Todesurteil vollstreckt werden kann, wenn die Täter die Rechtsänderung tatsächlich nicht gekannt haben. Ja, ich würde als Richter größte Bedenken gehabt haben, den Verstoß über die Strafbarkeit hier als irrelevant zu bezeichnen. In vollem Bewußtsein der mir durch meine Stellung auferlegten Verantwortlichkeit komme ich daher zu dem Satz: eine Vollstreckung des Beuthener Urteils ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit.“

Aus dem Munde eines doch sicher bewußten Fachmannes bekommt hier die Reichsregierung bestätigt, daß sie die Verantwortung für dieses Urteil zu tragen hat. Nicht der Richter allein, der sich ja an die besten beiden Gesetze wohl oder übel zu halten hat, sondern die Reichsregierung hat diesen Justizmord ermöglicht und deswegen bestehen die Angriffe, die Güter in diesem Zusammenhang gegen die Regierung Papen erhoben hat zu Recht und heißen, auch nicht im Widerspruch mit der Erklärung der Verteidigung, die auch den Richter für den Fehlurteil mitverantwort-

lich macht. Der Verstoß des Richters entlastet den Gesetzgeber aber in keiner Weise für die schwerwiegenden Fehler, die ihm bei Erlass des Gesetzes unterlaufen sind.

Unsere Forderung heißt deswegen schärfer denn je: Nicht Gnade, sondern Recht für unsere Kameraden in Beuthen. Aufhebung des Urteils und Wiederaufnahme des Verfahrens, das ist die einzig befriedigende Lösung des Falles Beuthen.

Gegen das Urteil von Beuthen

Meinwig. Ehemaliger Reichsanwalt in Preußen, Reichsanwalt von Papen, mit folgendem Schreiben vorstellig geworden:

„Im Namen der Mitglieder des ehemaligen Selbstschußes Meiswig bitten wir, alle Schritte zu tun, die durchzuführen zu erheben sind, um das ungeheuerliche Urteil des Sondergerichtes Beuthen nicht vollstrecken zu lassen.“

Die Schlachtsteuer in Oldenburg

Von Georg Joel, Landtagspräsident in Oldenburg.

Dadurch, daß Preußen und verschiedene andere Länder die Schlachtsteuer einführen, werden die angrenzenden kleineren Länder, die auf Viehzucht angewiesen sind, in eine ganz unglückliche Lage. Zu diesen Ländern gehört insbesondere der Freistaat Oldenburg. Oldenburg, ein zum weit überwiegenden Teil als Agrarland anzusprechendes Gebiet, ist wegen seiner Viehzucht bekannt. Die Viehzucht ist die Grundlage für das in Oldenburg gezielte Vieh ist im Freistaat selbst gering, der größte Teil desselben muß hauptsächlich nach Preußen ausgeführt werden. Bestände in Preußen nur die einfache Schlachtsteuer für lebendes Vieh, dann hätte sich die preussische Schlachtsteuer für Oldenburg nicht so katastrophal auswirken können. Preußen und auch die anderen mit der Schlachtsteuer begünstigten Länder haben aber zur Schlachtsteuer auch noch die Ausgleichsteuer für einzufließendes Vieh eingeführt.

Für Oldenburg ergibt sich das Bild, daß die Landwirtschaft für das nach Preußen auszuführende lebende Vieh nicht mehr bekommt als auch die preussischen Landwirte. Außerdem unterliegen sämtliche in Oldenburg befindlichen Ausfuhrschlachtereien der Ausfuhrsteuer für Fleisch und Fleischprodukte, die teilweise das Zweifache der einfachen Schlachtsteuer für lebendes Vieh beträgt. Daß die oldenburgischen Ausfuhrschlachtereien in der Konkurrenzfähigkeit mit den preussischen Schlachtereien gegenüber vollkommen abfallen, wird jedem klar sein.

Würde Oldenburg die Schlachtsteuer nicht einführen, dann hätte nur Preußen den Vorteil. Preußen und auch Bremen steden bereits reiflos die Schlachtsteuer für aus Oldenburg eingeführtes Vieh ein. Der Leidtragende dabei ist der Oldenburger Bauer. Derselben Freistaat bekommt außerdem durch den eingeführten Binnenzoll der Ausgleichsteuer für Fleisch und Fleischprodukte reiflos die Ausgleichsteuer. Die Leidtragenden dabei sind der oldenburgische Verbandschlächter und die auf Ausfuhr angewiesene Fleischindustrie. Außerdem sind noch andere Leidtragende insofern vorhanden, da die Verbandschlachtereien und die Fleischindustrie abnahmefähig geworden sind und dadurch Personalentlassungen vornehmen müssen, die Gemeinden Wollfächererwerbslos zu bekommen und durch den geringen Absatz der Verbandschlachtereien und der Fleischindustrie weniger Steuern einkommen.

Der oldenburgische Staat mußte sich genau überlegen, was er in dieser Angelegenheit zu unternehmen hatte. Die Staatserwerbslosigkeit lehnt die Schlachtsteuer als vollkommen unzulässige Steuer ab. Bekannt ist der scharfe Kampf der Nationalsozialisten gegen die Schlachtsteuer überhaupt. Das oldenburgische Staatsministerium hat alle nur erdenklichen Schritte gegen die Schlachtsteuer in Preußen unternommen. Es wurde vorstellig bei der preussischen Regierung mit dem Ziele der Aufhebung der Schlachtsteuer in Preußen; es wurde im gleichen Sinne vorstellig beim Reichsanwalt von Papen. Die Vorfälle in Oldenburg waren ergebnislos. Da blieb dem Staatsministerium in der gezielten Zwangslage nichts weiter übrig, als sofort die Schlachtsteuer einzuführen, um den unhaltbaren Zustand zu beseitigen. Es ging dem Staatsministerium nicht um die Steuer als solche, sondern nur um den Schutz der einheimischen Landwirtschaft und der Verbandschlachtereien und der Fleischindustrie. Oldenburg wird im gleichen Augenblick, wenn in anderen Ländern die Schlachtsteuer aufgehoben wird, auch von sich aus die zum 1. September 1932 eingeführte Schlachtsteuer wieder auf-

heben. Noch vor ein paar Tagen hat der oldenburgische Finanzminister den Reichsanwalt von Papen telegraphisch gebeten, die Schlachtsteuer überhaupt reichsweit aufzuheben.

In ganz Deutschland hat kein Mensch das Recht, sich über die Einführung der Schlachtsteuer im Freistaat Oldenburg durch das nationalsozialistische Staatsministerium aufzuregen. Die Einführung der Schlachtsteuer in Oldenburg ist nur eine zwangsläufige Maßnahme, da die anderen Länder nicht daran denken, die Schlachtsteuer aufzuheben. Geschädigt wird durch die Einführung der Schlachtsteuer vielleicht zu einem geringen Teil der oldenburgische Konsument. Was war aber in diesem Falle wichtiger: das Zugrundegehen der oldenburgischen Verbandschlachtereien und der Fleischindustrie aus der dadurch verbundenen Erhöhung der Wollfächerkosten für die Gemeinden, der verringerten Steuererträge für die Gemeinden und den Staat und die immer geringere werdende Konkurrenzfähigkeit für die oldenburgische Landwirtschaft, oder eine eintretende geringe Belastung der Konsumenten. Gerade die oldenburgischen Gemeinden sind wohl als größte Notgemeinschaft im Deutschen Reich anzusehen. Auf der einen Seite liegt die zusammenbrechende und nicht mehr zahlungsfähige Landwirtschaft, auf der anderen Seite die fast reiflos zusammengebrochene Industrie des Landes. Der lachende Dritte bei der Nichteinführung der Schlachtsteuer in Oldenburg wäre der preussische Staat gewesen, da er die Einnahmen der oldenburgischen Landwirtschaft und der Verbandschlachtereien und Fleischindustrie weiterhin durch die Schlachtsteuer und Ausgleichsteuer abgepreßt hätte.

Außerdem hätte Preußen durch den hohen Binnenzoll der Ausgleichsteuer seiner eigenen Landwirtschaft erhöhte Absatzmöglichkeiten geschaffen.

Das für den eigenen Bedarf in der Landwirtschaft geschätzte Vieh ist selbstverständlich in Oldenburg von der Schlachtsteuer ausgenommen worden.

Das österreichische Einreisverbot für Adolf Hitler aufgehoben

Wien. Das Kanzleramt teilt mit, daß das seit 1924 bestehende grundsätzliche Einreisverbot für Adolf Hitler außer Kraft gesetzt worden ist. Damit ist endlich eine Maßnahme befristet, die — im Widerspruch zu jedem Recht und Gesetz — dem Führer der deutschen Freiheitsbewegung und dem Ehrenbürger zahlreicher österreichischer Gemeinden die Einreise in seine eigene Heimat verbot. Die jetzige Aufhebung dieses Einreisverbots stellt einen wichtigen Erfolg der M.D.P. in Österreich dar, deren siegreicher Vormarsch auch vom Wiener Ballhausplatz nicht mehr aufgeschoben werden kann.

Keine Sitzung der Rechtspflege. Untersuchungsausschuß in Beuthen.

Berlin, 30. August. Der Vorsitzende des Rechtspflege-Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages, Freisler (Nat.-Soz.), hat dem Vizepräsident mitgeteilt, daß die für den 2. und 3. September in Aussicht genommene Beratung des Rechtspflege-Untersuchungsausschusses in Beuthen, der das Beuthener Urteil nachprüfen sollte, nicht stattfinden wird.

Zugung des Deutschen Forstvereins in Stuttgart.

Stuttgart, 30. Aug. Seit Montag tagt in Stuttgart der Deutsche Forstverein, der heute mehr als 5000 Mitglieder umfaßt, und zwar die höheren Forstverwaltungsbeamten aller deutschen Länder, fast alle Forst-

wissenschaftler deutscher Zunge, den größten Teil der Verwaltungsbeamten deutscher Staatswaldungen und zahlreiche waldbesitzende Gemeinden und Privatwaldungen. An der Tagung nehmen zahlreiche Vertreter der Behörden der deutschen Waldwirtschaftsgesellschaft, des Reichsforstwirtschaftsrates, aus Österreich, der Forstwirtschaft aus Österreich, der Tischolowen, Polen, England, Amerika, Rumänien, Holland, Ungarn und Japan teil.

Prozess wegen Unterschlagung im Amt.

Traunstein, 30. August. Am Dienstag begann vor der Großen Kreisgerichtskammer des Landgerichts Traunstein der Prozess gegen die Hofschaffnerin Anna Steube und den Hofmeister Josef Ammiller wegen gemeinsamer Amtsenterschlagung und privater Unterdienstausschlagung. Die Angeklagte legt der Anna Steube und dem Josef Ammiller zur Last, in der Nacht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, amtliche Gelder unterschlagen und in der Folge diese Belege und Urkunden gefälscht zu haben.

Kardinal von Bissum gestorben.

Amsterdam, 30. August. Kardinal von Bissum, der am Sonntag plötzlich schwer erkrankte, ist in der Nacht zum Dienstag in Maastricht gestorben. Der Verstorbenen, der in Zwolle geboren ist, hatte am 3. September sein 78. Lebensjahr vollendet. Wenige Stunden vor dem Ableben des Kardinals ist in Bissum-Amsterdam Monsignore Schapman, Hauspriester des Papstes, gestorben.

Aus aller Welt

Feuergefecht mit Zugabern

Wittenberge, 30. August. Auf der Berliner Straße verjagten am Dienstag früh gegen 4 Uhr zwei wahrscheinlich aus Berlin stammende Einbrecher, einen auf dem Bahnhof Bergebrunn haltenden Güterzug zu berauben. Die Täter waren in einen Autoswagen eingestiegen und hatten ihre Beute bereits zum Abrastort bereitgestellt, als sie von mehreren Beamten des Wittenberger Überwachungsbezirks, die den Zug begleiteteten, gefasst wurden. Da die Verbrecher auf mehrmaligen Anruf nicht Reaktions zeigten, gaben die Beamten mehrere Schüsse auf die Flüchtenden ab. Die Einbrecher wurden in einem Geprüllung Doding und erwiderten von dort aus das Feuer. Infolge des starken Nebels gelang es den Tätern, merkwürdig zu entkommen.

Selbstmord eines Brautpaares

Köln (Ahein), 30. August. Auf dem Bahnhöfen bei Mönchsdorf wurden am Dienstag morgen ein junger Mann und ein Mädchen auf den Schienen tot aufgefunden. Es handelt sich um den 23-jährigen Sohn eines Kölner Friseurs, der sich mit seiner Braut vom Zuge hat überfahren lassen.

Unwetterkatastrophe in Pinggau

Berlin, 31. August. Im Pinggau wurden die Dörfer Nauris und Bingen durch eine Unwetterkatastrophe heimgesucht. Alle Brüder wurden fortgeschwemmt, viele Bauernhäuser zum Einsturz gebracht. Eine Frau, die mit ihrem sechs Monate alten Kind ins Freie flüchtete, wurde das Kind vom Wasser aus den Armen fortgeschwemmt. Die Frau konnte sich retten, das Kind verschwand in den Fluten.

Schwere Schlägerei bei einem Abfahrs

Katibor, 30. August. Bei einem Abfahrs in Schillerdorf kam es zu einer schweren Schlägerei. Ein als Handfod bekannter Mann belästigte an einem Karussell mehrere Frauen. Als der Besitzer den aus Haasf fahrenden Störenfried zur Rube stellen wollte, kam es zu einem Streit, wobei sich unter den Umstehenden zwei Parteien bildeten. Während dem Handfod die Dorfgewaltigen Hilfe leisteten, kamen dem Karussellbesitzer Leute aus Schillerdorf zu Hilfe. Es entstand eine schwere Schlägerei, bei der Messer, Fäustel und Stühler als Waffen benutzt wurden. Das Ende war, daß elf Personen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Der Karussellbesitzer erlag dort seinen schweren Verletzungen.

Nervenzusammenbruch Jimmy Walkers

Berlin, 31. August. Der New Yorker Bürgermeister Jimmy Walker hat nach einer Meldung aus New York am Dienstag einen Nervenzusammenbruch erlitten, der die Unterbrechung des Verkehrs notwendig machte. Die Ärzte erklärten Walker auf längere Zeit verhandlungsunfähig und forderten die Aufhebung des Disziplinerverfahrens auf unbestimmte Zeit.

Verleger: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hansford von Schacht; für den Anzeigenteil: B. Kallens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Rotationsdruck: Welter-Druckerei Bremen.

Familien-Anzeigen

Geburten: 1 Tochter Ernst Solte und Frau, Minnie geb. Quamtmeier.
Verstorbenen: Emilie Wähmann, 61 Jahre, Gr. Krummenstr. 40. — Franz Blaghit, 57 Jahre, Sonnenstr. 4. — Hermann Baumgart, Schönebeckstr. 34. — Fein, 1. Gg. — 55 Jahre, Börsenpl. 32. 1. Gg. — Walter Dietmer, 38 Jahre, Brandstr. 41. — Ludwig Beth, 63 Jahre, Linienstr. 10. — Friedrich Beth, 58 Jahre, Linienstr. 10. — Bernhard Goh, 64 Jahre, Willigstr. 242.

Amil. Bekannmachungen

Die abhanden gekommene, am 24. 4. 1931 ausgestellte Zulassungsbescheinigung für das Personentransport mit dem Kennzeichen D. 8. 10 614, Eigentum der Firma Marquandier, Offriedland, Osterstraße 58/59, wird für ungültig erklärt.
28. 8. 1932. Polizeidirektion.

Die abhanden gekommene, am 27. 4. 1932 ausgestellte Zulassungsbescheinigung für den Personentransport mit dem Kennzeichen D. 8. 3445, Eigentum des H. Böhmer, Hafen 51, wird für ungültig erklärt.
27. 8. 1932. Polizeidirektion.

Die Eigentümer der Grundstücke Doh. Nr. 9 und 10 haben um die Genehmigung zur Einrichtung von Kabinen für Wobben, Konfitüren und elektr. Krüsten nachgesucht.
Es gilt Genebelasse 4.

Die Anträge liegen daher unter Hinweis auf Stabsbauordnung § 37 Abs. 2 vom 30. August bis 5. September d. J. auf dem Baupolizeiamt, Bauhof, Herzlichkeit, Zimmer 30, zur Kenntnis für die Beteiligten aus.
Einwendungen sind bei Meldung des Ausflusses spätestens bis zum 5. Sept. d. J. schriftlich oder zu Protokoll bei dem Baupolizeiamt zu erheben.
29. 8. 1932. Das Baupolizeiamt.

Bekannmachungen

auswärtiger Behörden u. Gerichte
Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Wasserwerk- und Brunnenbau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Wilm ist am 12. August 1932 nach Befähigung des am 8. August 1932 angenommenen Vergleichsprotokolls der Vergleichsschuldnerin vom 16. Juni 1932 aufgehoben.
Amtsgericht Wilm, 12. August 1932.

Gerichtl. Bekannmachungen

(Nr. 72.) In das Handelsregister ist eingetragen:

Am 26. August 1932.
Heijer & Co., Bremen: Die an Heinrich Henne erteilte Prokura ist auf den Betrieb der Kompositiererei in Bremen beschränkt.

Am 27. August 1932.
Bremser Arbeiter-Vereinigung Altkassen-Gesellschaft, Bremen: In der Generalversammlung vom 4. August 1932 ist in- (186) der Altkassen die Weitergeltung der durch die Beschlussung vom 19. September 1931 aufgegebenen Bestimmungen der §§ 13 bis 19 des Gesellschaftsvertrages über die Zusammenfassung und Befreiung der Mitglieder sowie über die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats bekräftigt, dass der § 13 des Gesellschaftsvertrages zugleich in- (186) der Altkassen geändert ist.
Paul Kleig, Bremen: Die Firma ist erloschen.

Erntehalm-Industrie Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen: Iwan Goldschmidt ist am 12. Februar 1932 durch Tod als Geschäftsführer ausgeschieden.

A. Eufz & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen: Bernhard Eufz ist am 21. April 1932 durch Tod als Geschäftsführer ausgeschieden.
Schrad & Neubert, Bremen: Das Geschäft ist am 19. August 1932 durch Vertrag vom letzten Tage auf den Kaufmann Carl Friedrich Wilhelm Habeler in Bremen übertragen. Dieser führt es unter Übernahme aller Altkassen, jedoch unter Ausschluss der Haftung und unter unveränderter Firma fort. Die an Adolf Bögl erteilte Prokura bleibt in Kraft.

E. G. Lühde, Bremen: Der Geschäftsführer Hermann Lühde ist am 28. Juni 1932 verstorben und dadurch aus der Gesellschaft ausgeschieden. Mit Wirkung vom Tode ab ist seine Witwe, Abeline Lühde, geborene Ratenkamp, in Bremen, als Geschäftsführerin eingetragenen. Die Gesellschaft wird von den bisherigen Geschäftsführern mit der Witwe Hermann Lühde in unveränderter Weise fortgeführt. Frau Hermann Lühde-Witwe vertritt die Gesellschaft nicht.
Bremische Seidungs- und Möbelfabrikation, Bremen: Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 15. Juli 1932 ist das Stammkapital von 25.000 RM, erhöht auf 225.000 RM, (12 d. B.) Die Erhöhung ist dadurch erfolgt, dass das dem Bremischen Staat gegen die Gesellschaft zuzehende Darlehen in Höhe von 200.000 RM, ab 1. April 1932 umgewandelt ist in die neue vom Bremischen Staat übernommene Stammkapital.

lage. Dadurch gilt die neue Stammeinlage als voll eingezahlt.

Ges. und Electricitäts-Werke Bremen A.G., Bremen: In der Generalversammlung vom 30. Juni 1932 ist in- (206) der Altkassen die Weitergeltung der durch die Beschlussung vom 19. September 1931 aufgegebenen Bestimmungen der §§ 13 bis 19 des Gesellschaftsvertrages über die Zusammenfassung und Befreiung der Mitglieder sowie über die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats mit der Maßgabe bekräftigt, dass die §§ 11 und 22 des Gesellschaftsvertrages in- (206) der Altkassen geändert sind. In derselben Generalversammlung ist weiter in- (206) der § 15 des Gesellschaftsvertrages geändert.
Amtsgericht Bremen.

In das Güterverkehrsregister ist eingetragen: Am 27. August 1932.

Die Eheleute:
1. der Fabrikarbeiter Karl Eberl und Ida Louise geb. Vogel, Albert-Hausmannstraße 24, 1. Etage.
2. der Kaufmann August Wilhelm Alfred Schmidt und Adelheid Irma geb. Giers, Hermann-Almstrasse Nr. 20 a,
haben Gütertrennung vereinbart.
Amtsgericht Bremen.

Stadttheater

Heute
Mittwoch, 20 Uhr, 3. Ab.-Vorst.
Der Operetten-Weltkrieger
Die Blume von Hawaii
Donnerstag, 20 Uhr,
4. Abonnements-Vorstellung:
Der fliegende Holländer
Freitag, 19.30 Uhr, 5. Ab.-V.
Die Zauberflöte
Sonabend, 20 Uhr,
6. Abonnements-Vorstellung:
Egmont
Abonnieren Sie im
Bremser Stadttheater
Die besten Abonnements
liegen zum Abholen bereit.

Schauspielhaus

Heute
Mittwoch, 8. Ende 10.15 Uhr.
1. Sonderabonnement „Mittwoch“
Donnerstag, der 17. April
Schauspiel von Ludwig von Zihaly
Donnerstag:
Zum vorletzten Mal
Ein Sommernachtstraum
Lustspiel von William Shakespeare

Sonntag, 4. September 1932
in den Centralhallen
Kameradschafts-u.
Werbe-Abend
des Sturmes 4/75
»Wilhelm Deckers
Riesenlombola / Großes
Preisschießen
Eintritt RM 0.50. Erwerbslose RM 0.20
nur an der Abendkasse. — Vorverkauf:
Geschäftsst. Rembertstr. — Naz.-Laden
Bahnhofstr. — Naz.-Foto Schäfer, BNZ,
Papenstraße 15.

Tanz-Schule
Carl Wenglein
In der Weide 37
Neue Kurse beginnen Anfang September
Parkhaus im Bürgerpark
Donnerstag, 8 Uhr
Großes
Militärkonzert
ausgeführt vom Musikcorps der
24. SS-Standarte
Eintritt 20 Pfennig
Bei ungünstiger Witterung im Saal

AUSSTEUER-TAGE

Mit diesen Angeboten

eine ganz große Leistung!

Keine schönen Worte und Anpreisungen... aber Groß-taten in der Preisgestaltung unserer Qualitätswaren... Und damit ist Ihnen am besten gedient!

Überzeugen Sie sich an unseren Lägern! — Sie werden zufrieden sein!

Baumwollwaren

Nessel starke westfälische Qualität, zirka 78 cm ...	16 ⁴	Linon für Bettbezüge, schöne glanzvolle Qual. 140 cm	52 ⁴	Geschirrtuch gute Baumwollqualität, rot und blau kariert 48/50 cm	16 ⁴
Nessel für Bettwäsche, 140 cm	32 ⁴	Beltstirn in schwerer, griffiger Qualität, 140 cm	58 ⁴	Geschirrtuch gutes Reinl., volle Größe 55/75 cm	38 ⁴
Hemdenluch in großer u. feiner Qualität, 80 cm	22 ⁴	Beltstirn unsere Spezialqualität, eig. Ausrüst. 140 cm	1 ⁰⁸	Handtuch Baumwoll-Gerstenkörn, rote Kante	16 ⁴
Hemdenluch beste bewährte hervorragende Cretonnequalität, 80 cm	38 ⁴	Beltstirn in vielen modernen Mustern, gute Qualität, 140 cm	78 ⁴	Handtuch gut. Halblein. rote und blaue Kante 45/100 cm	38 ⁴
Kronenluch unser Spezialwischetuch ohne Füllung in allerbesten Qual., 80 cm	64 ⁴	Hausluch starke westfälische Lakenware, 140 cm	56 ⁴	Handtuch Reinelein. Gerstenkörn, weiße und rote Kante 45/100 cm	52 ⁴
Mako-lini. für feine Wäsche, 80 cm	34 ⁴	Hausluch, vorz. Qualität, mit allmähl. verst. Mitte, 140 cm	68 ⁴	Handtuch Grubenluch blau kariert, prima Qualität, 42 cm	26 ⁴
Linon für Kissenbezüge, unsere hervorragende Spezialität, 80 cm	38 ⁴	Halbleinen gute schwere Qualität, 140 cm	86 ⁴	Frotteerhandtücher teilweise m. kleinen Fehlern weit unter Preis	

Tisch- Bett- und Leibwäsche

Bettbezug Linon, volle Größe 140/200	2 ⁴⁵	Tischluch schwere Schaffware, 130/160	1 ³⁸	Damen-Taghemd mit Klappelgarnierung ..	48 ⁴
Bettbezug, Satin, in versch. Streifen, 140/200	2 ⁷⁵	Tischluch, schwere Damast- Qualität, in schönen Mustern, 130/160 cm	1 ⁶⁸	Damen-Rohselhemd tragfähige Qualität mit Barmer Bogen	68 ⁴
Bettbezug, Damast, l. v. d. Must., gute Qual. 140/200	3 ⁶⁰	Kafferdecke, mit Kunstseide, weiß, mit bunter Kante, 120/150 cm	1 ⁹⁵	Damen-Rohselhemd extra weit, mit Barmer Bg.	88 ⁴
Bettluch, schweres Haus-tuch, 140/225	1 ³⁵	Kissenbezug, gebog., starkfädiges Linon, voll-groß geschnitten	58 ⁴	Damen-Nachthemd in versch. Ausführungen	88 ⁴
Kissenbezug, guter Linon, seifige Applikation	98 ⁴	Kissenbezüge und Überlaken in feinsten schöner Auswahl, in modernen Ausführungen, wie Applikationen, Hohlkäse, Sticke-rei, besonders preiswert		Damen-Pyjama bestr. Jacke einfarbige Hose, verschiedene Dessins	2 ⁴⁵
				K'seid. Trikot-Unterleid mit Motiv, gute Qualität	1 ⁴⁵
				Charmeuse-Schlüpfer in schönen Wäsche-farben	95 ⁴

Gardinen, Bettwaren

Spannstoff halteres Filtegewebe, 120 cm br. m	75 ⁴	K'seid. Steppdecken mit Satinrückseite 130/190	8 ⁷⁵	Weißlack-Metallbett-stell. 33 mm, schwer, 93/190	12 ⁵⁰
Gardinen für 2 Schlaf-garten, 90 cm br.	48 ⁴	K'seid. Steppdecke mit guter Füllung, 150/200	10 ⁵⁰	Weißlack-Metallbett-stell. 33mm, mit Fußbreit 90/190	15 ⁵⁰
Fensterdekoration 3tlg., geschmackvolle Ausführung	6 ⁷⁵	Wolldecke 50% Kamel-haar enthaltend ... 140/190	14 ⁷⁵	Drellmatratze 3tlg. mit Keil u. Alpengeras ... 90/190	14 ⁷⁵
Dekorationsstoff in viel. Farben, 120 cm br.	95 ⁴	Kamelhaardecke rein Kamelhaar ... 140/190	17 ⁵⁰	Drellmatratze 3tlg. mit Keil	12 ⁷⁵
Küchlergarnitur 3tlg., gute Qualität	3 ⁵⁰	Reisedecke Kamelhaar mit Woll ... 125/155	13 ⁷⁵	Reform-Unterbett gute Füllung	8 ⁷⁵
Stores-Meleroide in reicher Ausführung ..	1 ²⁵	Weißes Bettluch gut in Wäsche u. Gebrauch, 140/190	1 ⁴⁸	la 1/2-weiße Halbdau-ne beste Füllkraft	4 ⁹⁰
Bettdecke 2-bettig, neue Musterung	4 ⁹⁰	Bettdecke gemustert, in praktischen Farben 140/190	2 ⁷⁵	la 1/2-weiße Halbdau-ne etwas besond. Gutes ..	7 ²⁵

Teppiche, Tischdecken

Wir unterhalten die Riesen-auswahl von ca. 500 Teppichen		Kokosläufer strapazier-fähige Ware, ca. 56 cm ...	1 ²⁸	K'seiden-Tischdecke mit Fransen, 130/170 cm	2 ⁷⁵
Teppich-Teppich l. schön	14 ⁷⁵	Kokosläufer schönes Streifenmuster, ca. 100 cm	1 ⁹⁵	Tischdecke Gobeline lm., handgewebt, 140/170 cm	6 ⁹⁰
Haargarn-Teppich l. gut. Qual., ca. 200/300	24 ⁵⁰	Haargarnläufer gestreift, besond. preisw., ca. 56 cm	1 ¹⁸	Dimandende in modernst. Musterung, 150/500 cm ..	11 ⁷⁵
Delour-Teppiche l. reich. Auswahl, ca. 200/300	35 ⁰⁰	Haargarnläufer gemust., reines Haar, ca. 67 cm ..	2 ⁴⁵	Dimandende eine gute Gebrauchsd. 140/280 cm	6 ⁷⁵
Delour-Teppiche prima Qualität, ca. 200/300	58 ⁰⁰	Tourneiläufer schwere, moderne Ware, ca. 67 cm	5 ⁷⁵	Wollmoquette strapazier-fähige Qualität, 130 cm	7 ⁵⁰
Tournay-Teppiche l. versch. Must. ca. 200/300	68 ⁰⁰	Haargarnläufer in freund-lichen Farben, ca. 120 cm	3 ⁵⁰	Haarries in vielen Farb., für Portieren, 130 cm	2 ²⁵
Haargarn-Teppich reines Haar, ca. 250/350	34 ⁰⁰	Juleorloge schwere Qualität, ca. 60/120 cm	95 ⁴	Couche Bezugstoffe in großer Auswahl, 130 cm ..	2 ⁷⁵

Beginn: Donnerstag, d. 1. September 1932

Gebr. Leffers A.G.
Faulenstraße

Leser, berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten

Aus Bremen Stadt und Staat

Führertagung
der Hitler-Jugend

Hitler-Jugend im Gau Weser-Ems voran!
In Oldenburg fand eine Führertagung der Hitler-Jugend statt, zu der die Unterbannführer aus dem Bann Weser-Ems befohlen waren. Nach der Erlebigung allgemeiner organisatorischer Angelegenheiten gab der Bannführer die Richtlinien zur Vorbereitung für das erste Jugendtreffen am 1. und 2. Oktober in Potsdam bekannt.

Eine gemalte Rundgebung wird jenes Treffen sein. Einen Begriff von dem Ausmaß gibt schon das für die Nacht vorgesehene Zeltlager, das auf dem kleinen Greizerplatz aufgeschlagen werden soll. 300 Arbeiter werden etwa 14 Tage mit der Herichtung beschäftigt werden müssen. Die deutsche Jugend will Deutschland aufhorchen lassen. Damit aber der Ruf zur Teilnahme an dem Treffen auch in den kleinsten Winkel dringt, sind vorher große Vorarbeiten zu bewältigen, von denen die Geldbeschaffung nicht die geringste ist. Aber es soll kein Hütchen, kein NS-Mädel aus Mangel an Geld vom Festband fernbleiben dürfen. Ein großer Teil der Festkosten soll durch den Verkauf von Festbanden an Freunde der NS-Jugendbewegung gedeckt werden. Dieses Abzeichen erhält noch eine besondere Note, daß Adolf Hitler es selbst entworfen hat.

Die Berichte der Unterbannführer zeigten, daß schon überall im Bann Weser-Ems mit den Vorarbeiten begonnen ist, und die Ansicht besteht, daß aus dem Bann mindestens 1000 Jungen und Mädel in Potsdam mit dabei sein werden. Das wird ein Jubel sein, wenn hunderttausend deutsche Jungen aus dem Norden, aus dem Süden, aus dem Westen, aus dem Osten, aus Österreich und aus Böhmen durch Potsdams Straßen ziehen und ihren Führer grüßen!

Nur zweimalige Briefbestellung bei der OPD?

Im Zusammenhang mit den vom Reichspostministerium herausgegebenen Richtlinien über Wegfall der zweiten Briefbestellung erwidert man die Frage, ob die Briefbestellung bei der OPD nur zweimalig sein soll. Die OPD ist eine Partei, die sich nicht nur um die Briefbestellung, sondern auch um die Briefbestellung bei der OPD kümmert.

Bremer Motorradfahrer tödlich verunglückt

Nach einem schweren Sturz anlässlich des Wenzelsfestes in Jever (Friesland), starb der Bremer Motorradfahrer Walter Detmer im Jeverer Krankenhaus.

Beim Spaghenschinken verunglückt

Ein Einwohnervater aus Schwanenfeld wollte Spaghenschinken kochen, dabei ging die Kugel zu früh los und traf ihn selbst in den Kopf. Das Geschick drang ihm über dem Auge in die Stirn.

Morgentanz der Nimmann-Orchesters morgen 7 Uhr früh vor Hilmanns Hof. Heute: Rätters-Volltanzabend im Großen Saale der Union, Veranstaltung vom BDM und der Rätters-Volltanzgruppe.

Wiener Spielklub aufgehoben

Ein Bremer Anwalt beteiligt?

Ans wird aus Wien gerichtet: Dieser Tage wurde in dem Robert Röscher am Rätters

Kumpel Karl
reitet die Zeche

Von Heinz W. Leichter

Auf der Zeche "Friede" hatte man des Morgens schon alles in Alarmbereitschaft gestellt. Oben im Schacht klappte ein Maschinengewehr, wenn der Wind durch das Gellänge klang, und unten auf dem Zechenplan lagen Kumpels, die den Krieg mitgemacht hatten. "Sie sollten nur kommen, die Roten, die Hunde." Man würde ihnen ein Loch in den Bauch jagen.

"Das gibt ein Spielchen", grüßte Paul zu seinem Kumpel hinner. "Was, Karl, das gibt ein Spielchen?" und sein blasses, weißes Gesicht schaute sich wie das eines Mannes.

Karl antwortete nicht. Er hatte mit Paul an der Front gelegen, war aber, als die Revolution ausbrach, still und zurückhaltend geworden. Er wußte nicht, was das war, aber in seinem Gedächtnis lag es sich ihm wie in einem Zerkel. "Weißt du, Paul", antwortete er nach einer längeren Pause, "dieser Goldmann ist doch ein elender Kerl. Ein dicker, fetter Bongo, für den wir nun seine Zeche verteidigen sollen. Ich doch den Kram liegen, Mensch. Wenn der seine Zeche halten will, dann soll er sich selber hinstellen." "Ja", meinte Paul, "du hast schon recht", indem er den Kopf seines Karabiners nicken ließ. "Aber für den du ich bestimmt nicht. Ich tu's - ich wußte nicht - aber ich mag diese Hunde, diese verfluchten Spartaisten nicht."

Paul war schlepper unten in der Grube. Er hob täglich seine vordere Hand von Kopf

Wozu Sozialversicherung?

Von einem Kurzarbeiter erhalten wir unter "Eingeklinkt" folgende Darlegungen über das heutige Sozialversicherungssystem aus der Praxis, die uns in einem Falle, von tausend anderen Fällen, die Unmöglichkeit des heutigen Versicherungssystems bezeugen. Die Verantwortlichkeit für das vorliegende Material müssen wir dem Einfunder voll überlassen. Wir glauben durch diesen Beitrag die Klärung für weitere Beiträge geben zu können. Vorgesetzten, Versicherte, Arbeiter mit und kämpft mit uns für eine gesunde Sozialversicherung auf nationalsozialistischer Grundlage, die mit dem Notwendigsten Schritt macht. Die Schriftleitung.

Wozu Sozialversicherung?

Diese Frage möge endlich mal gelöst werden. Als Kurzarbeiter bin ich bei der Oststran- taffe seit Jahren versichert. Nach dem früheren System wurde der Versicherungsbeitrag nur für die Tage in Abzug gebracht, wo man arbeitslos war. Die DK verlangte aber auch für die Tage, wo nicht gearbeitet wurde 50 bzw. 60 Pfennig Beitrag; das war tausenden von Kurzarbeitern unmöglich. Seit dem Jahre 1928 wird jeder Arbeiter nur Wochenlohn zahlen. Also, das Tagesmarkenentgelt wurde beseitigt; denn jeder Arbeiternehmer, der eine Arbeitsstelle annimmt, ist mit dem ersten Tage voll versichert.

Jetzt noch erlittenen Unfall hätte ich doch Anspruch auf vollen Krankengeld, da werden uns die Marken, die zwei Jahre zurückliegen, vom Krankengeld in Abzug gebracht. Sonderbar ist es, daß man tausende von Marken der DK eingeklinkt hat und jetzt wird uns das kleine Almosen zu gestrichelt, das man noch nicht mal als Altersentschädigung davon befreiten kann.

Wäre es da nicht besser, die Versicherungsbeiträge würden von uns einer Staatsbank als Sparguthaben hinterlegt und den Arbeitern nachher zurückerstattet?

Die Arbeitslosenversicherung verläßt ähnlichen Maßnahmen. Die Reichsregierung bestimmte in ihrer Verordnung vom November 1931, 126 Tage Unterstutzung. Das Arbeitsamt machte sich die Verordnung zu eigen und setzte zur Ergänzung folgende Bestimmung ohne jegliche Bekanntgabe

Sei ein Spielklub von einem reichsdeutschen Konfessionen eröffnet, in dem das Linsen, eine Art des Roulette, gespielt wurde. Von dem Konfessionen war erklärt worden, daß die Bewilligung der Zentralschöbe bereits erfolgt sei. Da sich dies nicht als richtig erwies, wurde nach zweitägiger Dauer der Spielklub behördlich gesperrt. Das Konfessionen soll sich nach den vorliegenden Nachrichten aus zwei Berliner Anwälten, Dr. Barnow und Dr. Feld, und aus dem Rechtsanwalt Robert Koch (Bremen) zusammensetzen. Wegen den Präzedenz der Kurkommission und den Bürgermeistern des Ortes ist ein Strafverfahren anhängig gemacht worden, jedoch besteht das Konfessionen darauf, daß das dort betriebene Spiel nicht unter die Verbotsschöbe des Gesetzes falle und glaubt für sich an einen günstigen Ausgang des Prozesses.

Auf früherer Zeit geknickt wurde ein Fahrradrad, der beschädigte Fahrer und Beschädigte geknickt hatte. — Gestohlen wurden 13 Fahrräder.

Wootsmarder. Aus der H. Weser, in der Nähe der Eisenbahnbrücke wurde ein kleines, ca. 3 m langes, hellgelblichgrünes Marderboot gestohlen.

seht: Jeder Kurzarbeiter, der 39 Vollmarken geknickt hat, muß einen neuen Antrag stellen. Er der Versicherte noch 100 Tage zu kumpeln hat, ist gleichgültig. Von dieser Geheimverfügung ahnte kein Mensch etwas. Folglich hatten sehr viele Kollegen mit mir die Erfahrung zu machen, daß uns erklärt wurde, wir hätten unseren Antrag überhoben und müßten 40 bis 100 RM zurückzahlen. Durch die Bescheiden beim Spruchausgang geht das Arbeitsamt sogar so weit, die Gelder vom täglichen Arbeitsverdienst ohne gerichtliche Entscheidung einzuziehen. Pfändungs- freizeuge scheint es beim Arbeitsamt nicht zu geben. Nach meiner Stempelkarte, standen mir noch etwa 140 RM vom Arbeitsamt zu. Da ich nun darauf bedacht war, meinen Lebensunterhalt durch Arbeitsdienst zu bestreiten, darf ich das Arbeitsamt erlöst habe, darf ich heute die Strafe von 40 RM zahlen. Also, wer arbeits- mäßig ist, wird heute bestraft. Wer gar nichts tut, dem steht höhere Unterstutzung zu und kann täglich kumpeln gehen. Nebenbei ist noch bemerkt: Am 23. Juli legte ich Eintrag beim Spruchaus- schuß ein. Dieser tagte genau 4 Wochen später, am 23. August. Durch meine Krankheit konnte ich hierzu nicht erscheinen. Nachtrag habe ich bis heute aber an mich selbst erhalten. Daß das Arbeitsamt viel Arbeit hat, mag wohl möglich sein, nur ist uns Kurzarbeitern unverständlich, daß wir jede Woche berechnen lassen müssen, auch wenn wir keine Unterstutzung erhalten. Die letzte Notverordnung, wo statt 23 Prozent hier in Bremen 10 Prozent in Abzug gebracht sind, wird hoffentlich auch ein Ende haben.

Auf der anderen Seite:

Doppelverdienster

Kürzlich starb ein hoher Staatsbeamter. Er war in vielen Unternehmen als Aufsichtsrat tätig. Ob die Steuer hier auch wohl ihr Recht bekommt?

Wie manchen Arbeitslosen könnte geholfen werden, wenn diesen Zuständen ein Ende bereitet würde.

Vollgesunden kämpft für die Beseitigung dieses Systems!

Einer für Viele. Dr. W.

Polizeilich sichergestellt wurden ein Herenrad, Marke "Columbus", und ein markenloses Herenrad. Beide Fahrräder sind im Raum oder Juli d. J. in der inneren Stadt gestohlen worden. Die Eigentümer wollen sich im Polizeihause, Zimmer 408 melden.

Eigentümer gesucht. Vor einigen Wochen hat eine angehende Frau Dr. Berend sich in hiesigen Geschäften Beseitigungsfälle und dergl. erwirbt. Die Täterin ist inzwischen ermittelt. Im Verwahrsam der Polizei befinden sich noch 1 Radständer und eine kleine Tischdecke, über deren Herkunft bisher nichts bekannt geworden ist. Die rechtmäßigen Eigentümer wollen umgehend ihre Ansprüche im Polizeihause, Kriminalpolizei, Zimmer 350, wo die Sachen zur Ansicht ausliegen, geltend machen.

Verkehrsunfälle. Infolge Kabelbruchs stürzte ein Handlungsgeselle in der Wachtstraße mit seinem Fahrrad und erlitt schwere Verletzungen. Ein Walter Herenrad und Helgolanderstraße wurde ein Radfahrer von einem Kraftwagen angefahren und zu Fall gebracht. Der Radfahrer erlitt Kopf-, Arm- und Beinverletzungen. —

Const lag die Zeche still. Die Maschinen und Räder standen. Nur das Gellänge am Abwasser- pump und die qualmenden Schöte zeugten von Leben.

Mittlerweile war der Spartakistentrupp in den Baufeld der Zeche gelangt. Einige Meter trennten ihn noch von den Schlachtern am Eingang. Die Gitter fielen. Die Menge brandete gegen sie mit Wurfsteinen. Die Spartakisten fürchten auf den Zechenplan, endlos, mit Schall- meln und Karabinern und roten Fahnen.

Da knallen die ersten Gewehrschüsse. Kurz darauf ladet das Maschinengewehr. Die Kugeln schlagen eine Welle. Die Roten springen in Dedung und erwidern das Feuer.

Plötzlich schallt das Maschinengewehr. Paul jubte zusammen und stürzte zum Schacht. Er wurde bloß und packte Karl, der teilnahmslos das bloß und stürzte zum Schacht. "Der Kumpel am MG ist umgelegt", schrie er. "Da oben kommt keiner mehr raus. Die haben uns entdeckt, wir müssen verduften, Karl. Los, wir gehen sonst verdrückt."

Außenland stuteten die Spartakisten näher.

Paul schloß sich fort. Karl trost hinterher. Auf einmal jubte er, hoch und stürzte zurück. "Jah, ich hab's, ich hab's, ich hab's zum Schacht und schrie: "Meine Maschine, die Hunde wollen mit meine Fördermaschine kaputt schlagen."

Paul erlachte und taumelte hinter Karl her: "Jetzt laßt der Karl zum MG", murrte er.

Parteiämliche
Mitteilungen

Kreisleitung Bremen

Geschäftsstelle: Nienburgerstraße 31-32

Feiernr. Domscheide 200 12

Geschäftsstunden: 8.30—13, 16—20 Uhr

Sonntags: 8.30—13, Sonntags geschl.

Beratungs- und Auskunftsstellen

Sprechzeiten:

1. Bürgerrechts-Angelegenheiten, täglich 10—12 Uhr,
2. Arbeitsrecht, Versicherungsfragen, 9—13, 15 bis 19 Uhr,
3. Rechtsberatung, Mittwoch, 19—20 Uhr,
4. Steuerberatung, Dienstag, 12.30—13.30 Uhr,
5. Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, Freitag, 18—19 Uhr,
6. Arbeitsdienst, Siedlung, Mittwoch und Donnerstag, 20—21 Uhr,
7. Kulturbildung, Schule, Erziehung, Donnerstag, 12—13 Uhr,
8. Frauenarbeit, Freitag, 16—18 Uhr,
9. Jugendbewegung, S. 3, täglich, 16—19 Uhr,
10. Bund deutscher Mädel, Donnerstag, 16—18 Uhr,
11. Propagandaabteilung, täglich, 10—13, 16—18 Uhr,
12. Großhandel, Donnerstag, 16—17 Uhr,
13. Kleinhandel und Gewerbe, Dienstag, 15.30 bis 16.30 Uhr,
14. Ein- und Ausfuhr, Mittwoch, 12.30—13.30 Uhr,

Bund deutscher Mädel in der Hitlerjugend

Gau Weser-Ems

Geschäftsstelle: Bremen, Nienburgerstraße 31-32,

Feiernr. Domscheide 200 12, Sprechstunden Vormittags:

11—12 Uhr, nachmittags: 17—18 Uhr, Sonntags:

abends: 11—12 Uhr, Sonntags geschlossen.

Beschäftigungsbüro

Allgemeine Mitgliederversammlung der NSDAP,

20.30 Uhr, im Magdeburger Café. Erscheinen aller NSDAP-Mitglieder ist Pflicht.

Heute, 20.30 Uhr:

Ausspracheabend im Westen

Pa. Seider spricht.

Das Thema lautet: Brechung der Zinsnechts-

chaft.

Handarbeiter, Seefahrer, Schaffende aller Stände,

ihre sich zur freien Aussprache der Ortsgruppe

Wesens hermit eingeladen. Parteigenossen bringen

eure Nachbarn zum Ausspracheabend mit. Treff-

punkt: Restaurant Degmeier, Albrechtstraße 123.

In der Straße Nr. der Tiefen sprang einem

Radfahrer plötzlich ein Mann vor. Sein

Radfahrer kam zu Fall. Sein

jähriges Kind, das auf einem Koffert mit

geführt wurde, schlug so heftig auf die

Straße auf, daß es eine Gehirnerschütterung

und eine Quetschung des Oberheftens er-

litt. — Ein Kind wurde am Oberheft von

einem Kraftwagen angefahren und leicht

verletzt. Ebenfalls erlitt die auf dem Kraft-

rade mitfahrende Beifahrerin Verletzungen.

Von einem Kraftwagen wurde in der DS

lebshausen Heerstr. ein Straßenbahnarbeiter

angefahren und am rechten Arm verletzt.

Bund Königin Luise, Ortsgruppe Bremen,

Monatsversammlung mit Verpflichtung am 6.

9.32. abends 8.30 Uhr, im Magdeburger Hof, a.

d. Weide. Dienstdienst erwünscht. Vortrag der

Landesverbandsführerin Kam. Fel. Tappin,

Goslar. Waidenburg. Erster neuorganisiert

Montag im Rahmen des Bundes Königin

Luise am 6. 9., abends 7—8 Uhr im Magdebur-

ger Hof, a. d. Weide. Mitabendbesprechung. An-

schließend Vortrag des B. R. L.

Und nun wurde ihm plötzlich klar, warum er den

Karabiner in die Hand genommen hatte. Wegen

des dicken Goldmann war es nicht, es war wegen

des Berks, der Maschinen, wegen der Scholle, wie

die Bauern sagten.

Als die Roten den vorderen Teil des Zechen-

platzes besetzt hatten, ladte wieder das Maschin-

gewehr. Aufhören durch proßelten, die Gewehr-

schüsse. Die Roten stürzten, sie suchten nach

Dedung, eine Panik entstand. Schreie gellen.

Zielfischer und genau peilten die Kugeln. Bre-

chen klappten.

Karl hatte sich hinter dem Gellänge am Schacht

verborgen und zielt. Ruhig ließ er den Bart

ablaufen. "Das ist das erste und letzte Mal",

dachte er. "Die Hunde kommen nicht wieder."

Als die übriggebliebenen Spartakisten die Arme

hochstreckten und einen weißen Zeigen, verfluchte

das MG.

Die Roten zogen ab. Die Zeche war frei.

Am anderen Morgen betrat Generaldirektor

Goldmann die Zeche. Sein erster Gang war zu

Karl, der an der Fördermaschine saß und auf die

Signale horchte.

"Ah, da sind Sie ja, Sie Teufelskerl. Sie haben

mir meine Zeche gestohlen. Hier haben Sie eine

Zigarette", sagte er, "extra für Sie mitgebracht.

Aber langsam und mit Genuß rauchen, die ist

nämlich echt."

Karl zuckte, aber er drehte sich um und schloß.

Die Erzielung der Bestellung hängt von der Zahlung der Bestellung ab.

Herr/Frau/Fräulein _____

Bestellzettel

_____ Beruf: _____

Wohnort: _____ zuständige Post: _____

Straße: _____ Nr. _____

bestellt hiermit zur laufenden Lieferung ab _____ 19__

1 Exemplar BVB
Börsen nationalsozialistische Zeitung
Bezugspreis monatlich RM 1.90

durch Träger frei Haus, bei Zustellung durch die Post 36 Pf. Zustellgebühr.
_____ den _____

Unterschrift: _____

Handel und Volkswirtschaft

Tägliche Beilage der BNZ

Die Entwicklung des deutschen Außenhandels

Die deutsche Einfuhr ist von 5,7 Milliarden RM. im ersten Halbjahr 1930 auf 2,4 Milliarden im ersten Halbjahr 1932 gesunken; unsere Ausfuhr zeigt einen Rückgang in derselben Zeit von 6,2 auf 3,0 Milliarden RM. (einschl. Reparations-Sachlieferungen). Die starke Verminderung des Außenhandels bzw. Verschiebung ist in den nachstehenden Ausstellungen klargelegt.

Die Einfuhr betrug:

Erstes Halbjahr:

(in Millionen RM.)	Von 1930	1931	1932 - % 1930
Europa	3106,3	2057,6	1268,4
Afrika	301,5	219,7	59,2
Asien	706,3	456,9	239,9
Amerika	1453,1	947,3	606,4
Australien	135,8	99,0	68,3
Insges.	5703,0	3780,5	2326,7

Sieht man von Australien ab, wo besondere wirtschaftliche Umstände mitspielen, so ist die deutsche Einfuhr in den letzten Jahren mit allen Ländern fast gleichmäßig zurückgegangen.

Die Verschiebungen bei der Ausfuhr sind erheblich größer, wie nachstehende Gegenüberstellung zeigt: (in Millionen RM.)

Erstes Halbjahr:	Von 1930	1931	1932 - % 1930
Europa	4755,2	3784,8	2429,2
Afrika	137,1	98,7	54,8
Asien	445,4	348,4	210,4
Amerika	834,5	514,2	281,4
Australien	33,8	18,4	11,4
Insges.	6206,0	4764,5	2987,2

Besonders beachtenswert ist hierbei noch, daß z. B. die Ausfuhr nach Ost-europa ohne Sowjetrußland im ersten Halbjahr 1932 nicht einmal mehr ein Drittel ihres Standes von 1930 erreicht hat. Die Ausfuhr nach Dänemark ist von 244,6 Mill. RM. im ersten Halbjahr 1930 auf 89,7 Mill. RM. in der gleichen Zeit 1932 zurückgegangen, also auf wenig mehr als ein Drittel. Ein ähnliches Bild zeigt auch die Ausfuhr nach Finnland, welche im ersten Halbjahr 1930 66,1 Mill. RM. betrug und in der diesjährigen gleichen Zeit-spanne nur noch 20,7 Mill. RM. Gerade die letzten Zahlen stimmen bedenklich, weil in ihnen eine gewaltige Abschwächung unserer Handelsbeziehungen mit dem Norden und Osten zum Ausdruck kommt. Es muß unter allen Umständen verhindert werden, daß auf die Erschütterung unserer Handelsbeziehungen auch noch eine Erschütterung unserer politischen Beziehungen mit diesen Staaten, auf deren Freundschaft Deutschland großen Wert legen muß, folgt.

Sehr interessant gestaltet sich auch die deutsche Ausfuhr nach Großbritannien und Sowjetrußland. Unsere Ausfuhr nach Großbritannien ist von 100,7 Millionen RM. im Monats-Durchschnitt Januar-Juni 1930 auf 26,1 Millionen RM. im Monats-Durchschnitt April-Juni 1932 gesunken, also in ganz gewaltigem Ausmaß, wenn man berücksichtigt, daß Großbritannien in der deutschen Ausfuhr stets mit an erster Stelle stand. Genau das Gegenteil kann bei unserer Ausfuhr nach Sowjetrußland festgestellt, die durch die bekannte und umstrittene Kredit-Aktion einen starken Auftrieb bekam. Die Ausfuhr nach Rußland sieht gegenwärtig unter den deutschen Absatzgebieten mit an erster Stelle und hat im zweiten Vierteljahr 1932 175,2 Mill. RM. betragen. Allerdings darf hierbei die schleppende Bezahlung derartiger Aufträge nicht unberücksichtigt bleiben, ein Umstand, der letzten Endes früher oder später zu einer Einschränkung unserer Ausfuhr nach dem Sowjetstaat führen dürfte.

Mit den einzelnen Erdteilen verglichen, war unsere Handels-Bilanz (in Mill. RM.) in der Zeit vom Januar bis Juni wie folgt:

(aktiv gleich +, passiv gleich -)	1930	1931	1932
Europa	+ 1648,9	+ 1727,2	+ 1160,8
Afrika	+ 164,4	+ 121,0	+ 78,9
Asien	- 260,9	- 108,5	- 84,5
Amerika	+ 618,6	+ 433,1	+ 325,0
Australien	- 102,0	- 80,6	- 56,9

Der Rückgang des deutschen Außenhandels ist in erster Linie durch den Zerfall der Binnenmärkte verursacht. Es ist daher allerhöchster Zeit, an die Stärkung unserer inneren Wirtschaft heranzugehen, um auf diese Weise wieder eine Belebung und Gesundung unseres Außenhandels zu erreichen. Eine gute Binnenmarkt-Politik ist die beste Stärkung unseres Außenhandels.

Schutz der ostfriesischen Kleinfischerei

(Urantrag im Preußischen Landtag.)

Aus Berlin wird uns gemeldet: Im Preußischen Landtag hat die nationalsozialistische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

Die Küsten- und Watt-Fischer an der Ostfriesischen Dollart- und Nordseeküste sind von der allgemeinen wirtschaftlichen Not in ganz besonders starkem Maße betroffen. Der Fang von Butt ist in den letzten Jahren dadurch, daß die holländischen Fischer mit ihren Schleppnetzen rücksichtslos die Jungfische wegfangen, mehr zurückgegangen. Der Fang der Garnelen ist geradezu unlohndend geworden, weil der Preis dieser Krebsart durch die starke holländische Einfuhr außerordentlich niedrig ist. Die Verwertung des nicht zum menschlichen Genuß geeigneten Teils der Garnelenfänge als Futtermittel ist auch unlohndend, weil zur Herstellung von Fischmehl zur Zeit große Mengen von indischen Kleinfischen eingeführt werden. So kommt es, daß während vor zwei Jahren ein Zentner Garnelen noch RM. 20-25 kostete, im letzten Jahre noch RM. 14-15 gezahlt wurden, heute nur mehr RM. 6 erzielt werden können. Die Betriebskosten sind aber nicht wesentlich gesunken, heute

kostet ein Stellnetz immer noch RM. 75 bis 80. Während nun die Großfischerei, die als Hochseefischerei von Aktien-Gesellschaften betrieben wird, regierungsseitig unterstützt wurde, war es der als Kleingewerbe betriebenen Küsten- und Wattfischerei nicht möglich, auch nur die geringsten Unterstützungen zu erlangen. Während es den Fischern früher möglich war, im Winter der Wasserjagd nachzugehen, ist ihnen jetzt der Erwerb des teuren Jagdscheines unmöglich.

Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen, die Reichsregierung zu veranlassen:

1. die Einfuhr von Frischfischen mittels Auto und Bahn in das Küstengebiet zu verhindern,
2. die Einfuhr von indischen und anderen Kleinfischen zur Fischmehlherstellung so weit nur möglich einzuschränken,
3. den genannten Fischern eine Unterstützung zur Instandsetzung ihrer Fischereigeräte zu gewähren,
4. die Fischmeister anzuweisen, sich besonders um die Bedürfnisse der Kleinfischer zu kümmern.

Die Reichssteuereinnahmen im Juli 1932

Steuern, Zölle und Abgaben in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1932.

Berlin. Wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, betrugen die Reichseinnahmen im Juli 1932 bei den Besitz- und Verkehrssteuern 287,8 Millionen RM., bei den Zöllen und Verbrauchssteuern 290,2 Millionen RM., zusammen 578,0 Millionen RM. Insgesamt sind jedoch im Juli 1932 250,2 Mill. RM. weniger aufgenommen, als im Juli 1931, der im ganzen 828,2 Mill. RM. erbrachte hatte.

In der Zeit vom 1. April 1932 bis zum 31. Juli 1932 betrugen die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben insgesamt rund 2.256.981.319 RM., davon entfielen auf die Einkommensteuer rund 460,4 Mill. RM., auf die Umsatzsteuer 437,7 Mill. RM., auf die Vermögenssteuer 94,7 Mill. RM., ferner auf Zölle 437,5 Mill. RM., auf die Tabaksteuer 260,1 Mill. RM., die Biersteuer 93,4 Mill. RM. und die Zuckersteuer 79,4 Mill. RM.

Wiederrückgang des Kupferkartellpreises.

New York. Das Internationale Kupferkartell hat mit sofortiger Wirkung im Verlaufe der allgemeinen Festigkeit des Internationalen Kupfermarktes eine Herabsetzung des Sonderpreises von 5,65 Dollar Cents auf 5,75 Dollar Cents je lb. für Nord-schmelzen beschlossen. Der offizielle Preis bleibt mit 6,25 Dollar Cents weiterhin unverändert.

Hoesch-Köln-Neuhaus A.-G., Bergbau- und Hüttenbetriebe.

Dortmund. Die Verwaltung, die schon bisher infolge Auftragsmangels gezwungen war, Feuerschichten im Eisen- und Stahlwerk einzulegen, hat aus betriebstechnischen Gründen eine Gesamtstilllegung der Eisen- und Stahlwerke für die Zeit vom 27. August bis 5. September einschließlich veranlaßt.

Holland und die geplante Erhöhung des deutschen Heringszolls.

Aus Amsterdam wird dem NLD. gemeldet: Am Sonnabend ist eine Abordnung der Niederländischen Herings-Reedereien und der Hering-Exporteure im Außenministerium wegen der drohenden Erhöhung des deutschen Einfuhrzolls für Heringe vorstellig geworden. Auf ihr Ersuchen, Maßnahmen dagegen zu ergreifen, wurde ihnen der Bescheid, daß der niederländische Gesandte in Berlin sich bereits seit Wochen mit dieser Angelegenheit beschäftigt, der auch von der Regierung, volle Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Notverordnung über das Elbekartell?

Hamburg. Wie in Elbe-Schiffahrtskreisen verlautet, soll durch eine neue bevorstehende Notverordnung das Elbekartell, die Elbe-Reederei-Vereinigung von 1932, ausdrücklich zu einem öffentlich-rechtlichen Verband gemacht werden. Damit wird das Elbe-Kartell klagefähig, so daß es vor dem Verwaltungsgericht gegen die Außenseiterfirma Behlcke u. Meves klagen kann, sich den Kartellmaßnahmen zu

fügen. Eine solche Klage vor dem Landgericht Hamburg war bekanntlich kürzlich abgewiesen worden, weil über die Rechtsnatur des Kartells keine Klarheit bestanden hatte.

Mechanische Weberei zu Linden.

Hannover-Linden. Die Inhaber der deutschen Obligationsanleihe von 1926 wurden jetzt zu einer Versammlung auf den 16. September einberufen, in der über die Beteiligung am Vergleichsverfahren, die Herabsetzung des Zinsfußes und die Änderung der Tilgungsbedingungen sowie die evtl. Verwertung der für die Anleihe haftenden Betriebsanlagen Beschluß gefaßt werden soll.

A.-G. für Zellstoff-Papierfabrikation, Aschaffenburg.

Aschaffenburg. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluß für 1931. Der Verlust von 3,15 Millionen RM. wird nach Auflösung der gesetzlichen Reserve mit 1,62 Millionen RM. vorgetragen. Im laufenden Geschäftsjahr waren die Zellstoffpreise auf dem Weltmarkt einem weiteren Druck seitens der skandinavischen Länder ausgesetzt. Die deutsche Zellstoffindustrie wurde hiervon besonders betroffen. Einwirkungen hatten auch die Valutadifferenzierungen und die niedrigere Gestaltung der Kosten.

Vechtaer Schweinemarkt.

Auftrieb: 1026 Schweine, 6-Wochen-Ferkel 5-7, 6-8: 7-9, 8-10: 9-12. Läufer-schweine: 32-35 Pfg. Marktverlauf mittelmäßig. Großer Ueberstand. Nächster Markt am 5. September.

Zucht- und Nutzviehmarkt Oldenburg.

Oldenburg. Auftrieb: 106 Stück Großvieh, darunter 14 Kälber. Es kosteten: hochtragende Kühe 1.) 320-360, 2.) 220 bis 300, 3.) 170-200. Tragende Rinder: 1.) 260-300, 2.) 150-240. Güste Rinder: 110-200. Zuchtkälber bis 14 Tage alt 10-20 RM. Ausgesuchte Tiere vereinzelt über Notiz. Marktverlauf ruhig. Nächster Zucht-, Nutzvieh- und Pferdemarkt Dienstag, 6. September.

Kaffee.

Das Geschäft war lustlos und nennenswerte Umsätze konnten nicht erzielt werden. Die Preise blieben trotzdem behauptet. In neuer Ernte lag reichliches Angebot vor, von dem jedoch nicht Gebrauch gemacht wurde.

Getreide

Die Tendenz blieb gegen gestern unverändert. Ebenfalls hielten sich die etwas erhöhten Preise in Gerste, was wohl darauf zurückzuführen sein wird, daß das Angebot aus dem Inlande sehr gering ist. Das Geschäft blieb ruhig.

Es wurde heute notiert: (Frachtgrund-lage Bremen in RM. pr. Ztr.) Weizen 76 kg 11.-; Roggen 72/73 kg 8,40; Wintergerste 62/63 kg 9,20; Sommergerste 67/68 kg 9,25; Donau Gerste 9,45; Milo-Cafir corn 7,90; Plata-Mais 8,25; Hafer neuer Ernte 52/53 kg 8,05; Hafer neuer Ernte 52/53 kg 9,10.

Amtliche Devisen-Kurse

vom 30. August 1932

Ohne Gewähr

	Geld	Brief
Buenos-Aires	0,898	0,902
Canada	3,756	3,764
Istanbul	2,008	2,012
Japan	0,969	0,971
Kairo	14,985	15,025
London	14,605	14,645
New-York	4,209	4,217
Rio de Janeiro	0,322	0,324
Uruguay	1,738	1,742
Amsterdam	169,73	170,07
Athen	2,847	2,853
Brüssel	58,34	58,46
Bukarest	2,518	2,524
Budapest	82,02	82,18
Danzig	6,264	6,276
Helsingfors	21,58	21,62
Italien	6,693	6,707
Jugoslawien	41,96	42,04
Kaunas (Kowno)	74,63	74,82
Kopenhagen	13,34	13,36
Lissabon/Oporto	73,13	73,27
Oslo	16,495	16,535
Paris	12,465	12,485
Prag	65,68	65,82
Reykjavik	79,72	79,88
Riga	81,52	81,68
Schwiz	3,067	3,073
Sofia	33,82	33,88
Spanien	74,92	75,08
Stockholm	110,59	110,81
Tallin/Reval	51,95	52,05
Wien		

Londoner Goldpreis.

Berlin. Der Londoner Goldpreis betrug am 30. August in deutsche Währung umgerechnet für eine Unze Feingold 86,7750 RM., für ein Gramm 2,78988 RM.

Amtlicher Berliner Schlachtviehmarkt

vom 30. 8. 32.

Schlachten		Schlachten	
Auftrieb: Rinder ..	1576	Preise:	C 26-28
darunter Ochsen ..	431		D 22-25
" Bullen ..	390	Kühe	A 25-26
" Kühe, Färs.	755		B 20-24
z. Schlachthof direkt	71		C 18-20
Andersrinder	2058	Färsen	D 11-17
Kälber ..	265		A 33
z. Schlachthof direkt	6654		B 29-31
Anderskälber ..	265		C 22-27
Schafe ..	383	Fresser	17-23
z. Schlachthof direkt	6654	Kälber	B 46-53
Andersschafe ..	2		C 38-48
Schweine	11043		D 22-35
z. Schlachthof direkt	2449	Schafe	A 10-30
Andersschweine ..			A 11-35-36
Verlauf: Rinder ..			B 12-34
Kälber ..	glatt		B 25-28
Schafe ..	ruhig		C 27-31
Schweine ..	glatt		D 15-26
Preise: Ochsen A I ..		Schweine A ..	
A II ..		B ..	
B I 32-34 ..		B 46 ..	
B II ..		C 45-48	
C 27-30 ..		D 42-44	
D 23-26 ..		E 30-41	
Bullen A ..	31-32	F ..	
B ..	29-30	Sauen	40-42

Berliner Produktenbericht

Die Schwäche, die im Berliner Weizen- und Roggenmarkt gestern nachmittags und auch an der heutigen Vorbörsen herrschte, war mittags wieder überwunden. Das Niveau hat sich ausnahmslos im Vergleich zum amtlichen Vortagesbericht erhöht. Für Weizen, der nach wie vor in kleinen Mengen zum Verkauf gestellt wird, besteht wegen des bekannten Einlagerungszwanges seitens der an der Durchführung dieser Maßnahmen beteiligten Kreise anhaltend Frage, die nur zu Kursen befriedigt werden kann, die im Durchschnitt um eine halbe Mark höher als gestern liegen, außerdem zeigt sich Bedarf nach der Küste. Ein Einfluß auf die Preisgestaltung ist aber von dieser Seite nicht wahrnehmbar, da ausgleichend vom Rhein manches zurückgegeben wird. Der Export geht für die Gesamtmenge auffällig weiter. Die DGH unterstützte eine neuerliche Aufwärtsbewegung durch Aufkäufe in geringem Ausmaß. Lieferung setzte um etwa 1 Mk. fester ein. Nach der mehrfachen Belebung und Befestigung am Weizenmehlmarkt folgte heute die Reaktion. Der Konsum hielt zurück. Die Preise haben sich nicht verändert, auch Roggenmehl stül. Für Hafer hält das Angebot und Nachfrage ungefähr die Waage. Die Eigner bestehen auf ihren Preisen, so daß manches Geschäft scheitert. In Gerste sind feinste Brausorten an erster Stelle gesucht, doch lassen sich Aufgelder schwerer durchsetzen. Diese Differenz zwischen Forderung und Gebot bringt automatisch gute Mittelsorten wieder in den Vordergrund, doch sind Abschlüsse hierin relativ gering. Futtergerste vernachlässigt.

Gerhart Hauptmann hat den Geldbetrag, den ihm von der Stadt Frankfurt verliehenen Goethepreises zur Hälfte dem Freien Deutschen Hochstift als Beitrag zur Erhaltung des Goethehauses, und die andere Hälfte der Stadt zur Unterstützung notleidender Schriftsteller zurückerstattet.